

Volksentscheid gegen Fürstenabfindung

*Zur Geschäftsordnung
Preußischer Landtag*

I

2. Dezember 1925

Wir hatten gestern einen Antrag eingereicht, der sich darauf bezieht, daß der Landtag den Verfassungsausschuß ersuchen soll, den ihm überwiesenen Gesetzentwurf über Volksbegehren und Volksentscheid schleunigst zu erledigen, damit er möglichst bald an das Haus zur Beschlußfassung gelangt. Gestern wurde diesem Antrage widersprochen. Der Verfassungsausschuß hat gestern abend getagt. Wir haben auch dort diesen Antrag gestellt. Es ist beschlossen worden, daß er am Mittwoch, dem 9. Dezember, auf die Tagesordnung gesetzt wird — was allerdings nicht bedeutet, daß an diesem Tage der Gesetzentwurf auch erledigt wird. Es ist nicht unmöglich, daß die Sache noch weiter verschleppt wird. Es ist aber ein unerträglicher Zustand, daß, wenn in der Verfassung — die vom 30. November 1920 datiert — die Bestimmung festgelegt ist, daß über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid ein besonderes Gesetz erlassen wird, dieses Gesetz heute noch nicht besteht. Da außerdem gegenwärtig die außerordentlich große Wahrscheinlichkeit besteht, daß versucht wird, über die beabsichtigte Abfindung der Hohenzollern einen Volksentscheid herbeizuführen, so bitten wir, doch diesen Antrag, der folgenden Wortlaut hat, ohne weitere Debatte anzunehmen:

Der Landtag hält es für nötig, daß der Verfassungsausschuß den ihm auf Drucksache Nr. 915 am 22. Oktober 1925 überwiesenen Gesetzentwurf über ein Verfahren zur Durchführung des Volksbegehrens und der Volksentscheide schnellstens erledigt und dem Landtage zur Beschlußfassung vorlegt.

Ich bitte, diesen Antrag als ersten Punkt der Tagesordnung ohne weitere Debatte in zustimmendem Sinne zu erledigen.¹

II

2. Dezember 1925

Wir Kommunisten haben heute morgen einen Urantrag eingereicht, der morgen früh zur Verteilung gelangen wird. Er hat folgenden Wortlaut:

Der durch den amtlichen preußischen Pressedienst veröffentlichte Vergleichsvorschlag, wonach das Preußische Finanzministerium den Hohenzollern über eine Viertelmilliarde Goldmark in Sachwerten und barem Geld überweisen will, ist eine unerhörte Verschleuderung von Staatseigentum und Steuereinkünften.

Während die werktätigen Massen in immer tieferes Elend hineingetrieben und die Kriegsbeschädigten, Sozialrentner, Erwerbslosen und Kurzarbeiter dem Hunger ausgeliefert werden, die kleinen Sparer und Kleinrentner durch die Inflation um ihre letzte Habe gebracht wurden und die Regierung stets erklärt, keine Geldmittel für die Behebung der Notstände zu haben, will sie jetzt den Hohenzollern ungeheure Vermögenswerte und Einkünfte zuschanzen, auf die ihnen ein rechtlicher Anspruch nicht zusteht.

Die Bereitwilligkeit der preußischen Staatsregierung, diese unerhörten Forderungen der Hohenzollern zu bewilligen, zwingen dazu (Zuruf rechts: „Unglaublich!“) — diese Forderungen sind allerdings unglaublich —, den preußischen Wählern Gelegenheit zu geben, durch einen Volksentscheid diese Verschleuderung von Staatseigentum und Steuereinkünften an die Hohenzollern unmöglich zu machen.

¹ Da kein Widerspruch erfolgte, kam der Antrag auf die Tagesordnung, wurde aber dann ohne Besprechung abgelehnt. *Die Red.*

Um die weitere Ausplünderung durch die Hohenzollern sofort zu verhindern, beantragt die kommunistische Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird beauftragt:

1. alle weiteren Zuwendungen an die Hohenzollern, die in den vergangenen Jahren Riesensummen in bar und Sachwerten erhalten haben, sofort einzustellen;
2. binnen einer Woche dem Landtage eine genaue Aufstellung vorzulegen
 - a) über alle an Mitglieder der Familie Hohenzollern geleisteten Barzahlungen aus Staatsmitteln mit genauer Angabe des Empfängers, des Zahlungstermins, der Geldsorte nebst damaliger Kursnotierung und einer Begründung der Zahlungsverpflichtung,
 - b) über alle sonstigen an Mitglieder der Familie Hohenzollern vom preußischen Staate gemachten Zuwendungen von Vermögenswerten nach Art, Umfang, Geldwert und rechtlicher Begründung der Leistungsverpflichtung.

Wir glauben, daß es sehr dringlich ist, daß der Landtag zunächst einmal den Auftrag an das Staatsministerium erteilt, die hier gewünschte Aufstellung zu geben, damit der Landtag — wenn er in der nächsten Woche bei der dritten Lesung über diese Frage zu entscheiden oder dazu Stellung zu nehmen hat — auch die Unterlagen für die Beurteilung dieser Fragen vom Staatsministerium geliefert bekommt. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Es ist unbedingt vonnöten, daß der Landtag wie überhaupt die preußische Wählerschaft und Bevölkerung weiß, was bisher den Hohenzollern in den Rachen geworfen wurde. Ferner ist es in Anbetracht der ungeheuren Notlage und der Erklärung der Regierung, daß sie für die Erwerbslosen, für die Kurzarbeiter und für die Sozialrentner kein Geld habe, notwendig, daß diese Zuwendungen an die Hohenzollern gestoppt werden, damit nicht bis zum Volksentscheid und zur Ablehnung dieser Forderungen den Hohenzollern etwa noch weitere Mittel überwiesen werden.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

Aus diesem Grund ist dieser Antrag dringlich, und wir beantragen, ihn morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 5. Bd.

¹ Dem Antrag wurde widersprochen. Er wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt. *Die Red.*

Rechtsputsch droht!

Reden im Preußischen Landtag

I

3. Dezember 1925

Ich beantrage, daß der Minister des Innern herbeigerufen wird, damit er noch in der heutigen Sitzung Auskunft gibt, was ihm über die Vorbereitungen eines unmittelbar bevorstehenden Rechtsputsches, über die militärische Ausbildung und Bewaffnung der sogenannten vaterländischen Verbände und über die Beziehungen der Reichswehr zu diesen Verbänden bekannt ist („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) und welche Gegenmaßnahmen von der Regierung zur Abwehr der Rechtsputsche getroffen worden sind.

Nach den uns zugegangenen Mitteilungen besteht in der Tat die Gefahr, daß die konterrevolutionären Verbände, Vereinigter Frontbann und Stahlhelm, in den nächsten Tagen losschlagen. („Hört! Hört!“ links.) Der Abschluß des Locarno-Vertrages^[23], der insbesondere von den Deutschnationalen zum Kampf gegen die Republik, auch gegen die Arbeiterschaft, ausgenutzt worden ist, hat seine Auswirkungen insofern gezeitigt, als die Rechtsverbände ihre Hoffnungen nicht mehr auf den „Retter“ Hindenburg setzen, sondern zur Selbsthilfe greifen wollen. Andererseits ist die Situation, die für diese Verbände durch die Fememordprozesse hervorgerufen worden ist, so schwierig, daß sie durch einen solchen Rechtsputsch die Durchführung der Fememordprozesse unmöglich machen wollen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Die Vorbereitungen für diesen Rechtsputsch sind derart, daß selbst das sonst so ruhige Reichsbanner sich genötigt gesehen hat, in seinem Bundesorgan einen Aufruf zu erlassen „An die Gewehre!“ („Hört! Hört!“ rechts.), womit natürlich nur die Mo-

bilisation des Reichsbanners zur Abwehr dieser Gefahr eines Rechtsputsches ausgedrückt sein soll. Wir wissen aus bestimmten Quellen, die in naher Beziehung zu amtlichen Stellen stehen, daß insbesondere im nordöstlichen Teile Brandenburgs in diesen Tagen fieberhafte Anstrengungen gemacht werden, um einen Vormarsch auf Berlin durchzusetzen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) In den verschiedensten Kreisen sind diese Gruppen des Vereinigten Frontbanns und des Stahlhelms nicht nur schwer bewaffnet, sondern es stehen ihnen auch die Waffen der Reichswehr zur Verfügung. Die Waffenbestände der Reichswehr sind zum Teil in gutem Schutz bei den Gutsbesitzern untergebracht. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Sie werden dort von Reichswehrwaffenmeistern kontrolliert und in Ordnung gehalten. Die Reichswehr ist also durchaus keine Garantie gegen einen Rechtsputsch. Die Beziehungen der Reichswehr zu diesen konterrevolutionären Verbänden sind so eng, daß diese bei einem Putsch der Verbände damit rechnen, daß die Reichswehr mit fliegenden Fahnen zu den Putschisten übergehen werde. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Dazu kommt der ganze Einfluß der Reichswehroffiziere und Reichswehrunteroffiziere, die durchaus monarchisch, republikfeindlich gesonnen sind und die Reichswehrsoldaten irreführen, um sie im Dienste eines solchen Rechtsputsches zu mißbrauchen. Das ist eine große Gefahr für den Bestand der Republik und insbesondere — was uns Kommunisten noch mehr am Herzen liegt — für das Leben der breiten werktätigen Massen. Es würde ein großes Unglück sein, wenn die werktätigen Massen von einem solchen Rechtsputsch völlig unvorbereitet getroffen würden.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

Deshalb verlangen wir, daß der Innenminister hier erscheint und darüber Auskunft gibt, was ihm auf Grund der amtlichen Erkundigungen über die Vorbereitungen bekannt ist.

Wir beantragen ferner die Besprechung dieses Antrages.

In Anlehnung an meine Begründung führe ich weiter aus, daß das Vertrauen weiter Volkskreise darauf, daß wir einen sozial-

demokratischen Innenminister und eine republiktreue Schupo und Reichswehr hätten, durchaus unbegründet ist. Die geringfügigen Anstrengungen des Innenministers zum Schutze der Republik reichen in keiner Weise aus, um das aufzuheben, was vom Reichswehrminister und von der Reichswehr betrieben wird, die den Rechtsputschisten in die Hände arbeiten.

Die Bekundungen des Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe haben durchaus bewiesen, wes Geistes Kind der demokratische Reichswehrminister ist. Seine Versicherungen sind nichts anderes als eine beabsichtigte Täuschung der breiten Massen des Volkes, durch die sie daran gehindert werden sollen, sich zur Abwehr eines Rechtsputsches, eines monarchistischen Aufstandes, zu rüsten. Was uns von diesen Vorbereitungen allein in der Provinz Brandenburg bekannt geworden ist, das reicht vollkommen aus, um die werktätigen Massen mit stärkster Kraft zu alarmieren, zu mobilisieren und um Vorbereitungen zur Abwehr dieses Putsches zu treffen. Wenn wir hören, daß hier in Spandau, in Wünsdorf, in Jüterbog sogar seit dem 1. Oktober Führerkurse für Werwolf, Stahlhelm und Frontbann von der Reichswehr eingerichtet worden sind, so geschieht das selbstverständlich nicht etwa zur Vorbereitung eines Befreiungskrieges Deutschlands aus den Sklavenverträgen des Ententeimperialismus, sondern es geschieht zu dem Zwecke, um die werktätigen Massen niederzuschlagen, um die alte Herrschaft des Monarchismus — die unumschränkte Gewalt dieser veralteten Staatsform — wieder aufzurichten. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wenn wir ferner hören, daß in der Provinz Brandenburg die Stahlhelm- und Frontbannleute in stärkster Alarmbereitschaft stehen, wenn wir von dem Terror hören, der von diesen Verbänden auf die Landarbeiter ausgeübt wird, wenn wir hören, daß die deutschnationalen Grundbesitzer die Landarbeiter sogar mit der Behauptung aufzuwiegeln versuchen, daß die Republik daran schuld sei, wenn sie ihnen einen Stundenlohn von 7 Pfennig zahlten („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.), daß die „Sauwirtschaft“ daran schuld sei, die von der „Judenrepublik“ betrieben werde, so zeigt das, daß diesen Kreisen jedes Mittel recht ist, um die Arbeiterschaft irrezuführen und sie vor ihren Wagen zu spannen.

Wir haben deshalb das größte Interesse daran, diese Absichten der Deutschnationalen und der Völkischen zu durchkreuzen und die breiten Arbeitermassen gegenüber der Gefahr — in der sie sich offenkundig befinden — zu alarmieren. Wir erwarten dabei nicht, daß durch die geforderte Auskunft des Innenministers hier nun etwa ein restloser Aufschluß gegeben wird. Die Diplomatie, die er treibt, wirkt sich gegen die Republik und gegen die Arbeiterschaft aus. Das sind schreiende Mißstände, die nur dazu beitragen, diese putschistischen Vorbereitungen zu unterstützen und die Arbeiterschaft abzuhalten, Gegenmaßnahmen zu treffen. Das gilt insbesondere von den polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen, die gegen die Arbeiterschaft, vor allen Dingen gegen den Roten Frontkämpferbund und das Reichsbanner, gerichtet sind. Beide Organisationen sind dazu bestimmt, die werktätigen Massen vor den Gefahren eines Rechtsputsches, vor den Gefahren der Kriegstreiberei zu schützen. Es ist keine strittige Frage für uns Kommunisten, daß das Reichsbanner — das jetzt im Verein mit Zentrum und Demokraten ist — in sich noch nicht so gefestigt ist, um dies durchzuführen.

Es besteht durchaus die Gefahr, daß auch das Reichsbanner von diesen Parteien mißbraucht wird, um die Arbeiterschaft an einem energischen Kampfe zu hindern. Wir werden zu unserem Teile alles tun, um diese Gefahr von dem Reichsbanner abzuwenden, indem wir versuchen werden, eine enge Verbindung mit ihm zu halten und es so zu beeinflussen, daß es nicht tatsächlich zu einem Instrument für einen Rechtsputsch wird. (Unruhe rechts. — Abgeordneter Fries [Siegen]: „Die enge Verbindung lehnen wir ab!“) Wenn die Vertreter des Reichsbanners erklären, daß sie die enge Verbindung ablehnen, so beweist das nur, daß die Leute, die hier das Reichsbanner zu vertreten glauben, keine Verbindung mit den Arbeitermassen im Reichsbanner haben, die durchaus anderer Meinung sind („Hört! Hört!“ rechts.), die infolge der Verfolgungen durch die Stahlhelmleute und durch die gerichtlichen Verurteilungen durchaus erkennen, daß sie von den Führern des Reichsbanners an der Nase herumgeführt werden. Wir verlangen deshalb — um auch an dieser Stelle die Öffentlichkeit auf die Gefahr des Rechtsputsches hinzuweisen —

daß der Herr Minister erscheint und Auskunft gibt. Wir wissen, daß er solche Mitteilungen erhalten hat. Wir verlangen darüber Auskunft und auch darüber, welche Maßnahmen er zur Abwehr treffen will.¹

II

3. Dezember 1925

Es ist nicht die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion, auf Grund eines Antrages, der hier eingebracht wird, sich mit dem Minister in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob er hier erscheinen kann oder nicht. Das ist doch wohl Sache des Präsidiums des Landtages. Ich erwarte deshalb, daß sich niemand, wenigstens keiner von den sozialdemokratischen Abgeordneten, davon abhalten läßt, für diesen Antrag auf Herbeirufung des Ministers zu stimmen. Denn wenn der Herr Minister gezwungen ist, in der Frage der Entwaffnung an einer Sitzung teilzunehmen, so glauben wir, daß die Sitzung nicht einen ganzen Tag dauern wird und daß es auch möglich sein wird, daß der Herr Minister für kurze Zeit hierherkommt, um die Auskunft zu geben. Ich nehme auch an, daß die Rechtsparteien interessiert sind zu hören, was der Minister über den Zusammenhang der Rechtsparteien mit diesen Putschgelüsten sagen wird.

Aus diesem Grunde erwarten wir, daß die Mehrheit des Hauses sich für die Herbeirufung des Ministers ausspricht; sonst könnte es vorkommen, daß sich in der Zeit der Abwesenheit des Landtages von Berlin etwas ereignet — so daß der Landtag nicht mehr nach Berlin zurückkehren könnte.²

¹ Um eine Stellungnahme Severings zu verhindern, erklärte der Abgeordnete Müller (Sekretär der sozialdemokratischen Fraktion), daß der Minister am Erscheinen verhindert sei. Sie würden deshalb gegen den Antrag Wilhelm Piecks stimmen. *Die Red.*

² Bei der Abstimmung entschied das Präsidium, der Antrag sei abgelehnt. *Die Red.*

III

3. Dezember 1925

Wir wiederholen unseren Antrag auf Herbeirufung des Herrn Ministers des Innern, weil wir der Meinung sind, daß das Präsidium sich in einer optischen Täuschung befunden hat, als es bei der vorigen Abstimmung erklärte, die Mehrheit habe sich gegen unseren Antrag entschieden. Die meisten Parteien des Hauses sind sich darin einig, daß die Mehrheit für den Antrag gestimmt hat.

Aber wir wiederholen unseren Antrag auch, weil wir es für außerordentlich wichtig halten, daß der Minister über die Tatsachen Auskunft gibt, die dafür sprechen, daß von den Rechtsparteien und den sogenannten vaterländischen Verbänden ernste Anstrengungen für ein unmittelbares Losschlagen, für einen Putsch gemacht werden. Wir sind der Meinung, daß ein allgemeines Interesse dafür besteht, von der Regierungsstelle zu hören, was sie zu den Pressemeldungen und den umgehenden Gerüchten zu sagen hat und welche Maßnahmen sie angeordnet hat, um einer solchen Gefahr vorzubeugen. Sie können doch unmöglich eine solche Vogel-Strauß-Politik treiben, wie sie gegenüber den Rechtsputschisten immer getrieben worden ist. Sonst könnten wir dieselbe Überraschung wie am 13. März 1920 erleben, wo noch am Tage vorher der Reichswehrminister Noske erklärte, daß die Offiziere für die Republik absolut sicher seien.

Auch die Mordhetze ist wieder in vollster Blüte. Selbst im Bayrischen Landtag konnte ein Bergwerksdirektor Wagner erklären, daß er es durchaus verstehen würde, wenn ein ausgewiesener Elsässer Herr Stresemann über den Haufen schießen würde. Es ist die ganz planmäßige, bewußte Agitation für den Umsturz der gegenwärtigen Regierungsgewalt — nicht etwa zugunsten der werktätigen Massen, sondern zugunsten jener kleinen Schicht, die vor dem Kriege ganz allein den gesamten Regierungsapparat beherrscht hat. Wir sind aber auch der Meinung, daß diese ganze Mordhetze sich nicht nur gegen die Vertreter der Locarnopolitik richtet, sondern auch gegen die Führer der revolutionären Bewegung. Wir haben in der letzten Zeit

beobachten können, wie die Führer der revolutionären Bewegung auch von jenen dunklen Gestalten, die aus den Rechtsverbänden gestellt werden, beobachtet und verfolgt werden. Das geschieht nicht etwa zu dem Zweck, sich um das Privatleben der Betroffenen zu kümmern, sondern um genau darüber unterrichtet zu sein, wo man sich im Falle eines Putsches auch der Führer der revolutionären Bewegung bemächtigen kann. Aus diesem Grunde verlangen wir, daß der Herr Minister — der jetzt im Hause und nicht durch die Sitzung der Entwaffnungskommission abgehalten ist — aufgefordert wird, heute diese Auskunft dem Hause zu geben.¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 5. Bd.

¹ Eine Abstimmung über den erneuten Antrag Pieck erübrigte sich, da inzwischen der Minister des Innern kam und zu einer Erklärung bereit war. Sie bestand aus wenigen Sätzen: Die preußische Polizei würde Putsche weder von rechts noch von links erlauben, und solange er auf dem Posten stünde, würde es keine Putsche geben. *Die Red.*

Zur Lage der werktätigen Schichten in Deutschland 1925/1926

*Aus der Rede im Preußischen Landtag
9. Dezember 1925*

Wir Kommunisten werden den Etat¹ ablehnen und damit vor den werktätigen Massen zum Ausdruck bringen, daß die Kommunistische Partei in diesem Hause die einzige Partei ist, die dem Staatsministerium nicht nur das entschiedenste Mißtrauen entgegenbringt, sondern zugleich den schärfsten Kampf gegen die von ihm betriebene Politik führt. Dieses Mißtrauen und dieser Kampf gelten zugleich den bürgerlichen Parteien des Hauses und ihrer Politik. Es ist die Politik, die den Werktätigen nur zum Schaden und den Parasiten an der Produktion, an der Arbeit, nur zum Nutzen gereicht, die den Werktätigen alle Lasten des Staates auferlegt und die Besitzenden möglichst schont. Es ist die Politik, die Hunger und Elend der breiten Massen nicht mindert, sondern vergrößert, die den Reichtum einer kleinen Minderheit schützt und mehrt. Wenn diese Charakterisierung der Politik der bürgerlichen Parteien und des Staatsministeriums noch eines Beweises bedürfte, so wäre es das Verhalten der Regierung und das Verhalten des Hauptausschusses gegenüber den vorliegenden kommunistischen Anträgen auf Milderung des ungeheuren Elends der Erwerbslosen, der Kurzarbeiter, der Sozialrentner und der kleinen Beamten und das Verhalten gegenüber den freien, unverschämten Forderungen der Hohenzollern. Alle Forderungen nach Milderung des Elends der Werktätigen, die wir Kommunisten im Hauptausschuß und im Landtage stellten, wurden von den Regierungsvertretern bekämpft und von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Wohl findet man Worte des Mitleids

¹ Der Etat war wegen der lang andauernden Regierungskrise erst im Mai eingebracht worden. Die endgültige Verabschiedung des Haushaltsplans zog sich bis in den Dezember hinein. In der Zwischenzeit wirtschaftete die Regierung mit einem sogenannten Notetat. *Die Red.*

und des Bedauerns gegenüber dem Massenelend; das kostet ja nichts. Wenn sich in irgendeinem Bergwerk ein Unglück ereignet hat, dann hält der Präsident eine schöne Beileidsrede, aber wenn dann Anträge kommen, die die Ursache dieses Elends beseitigen sollen, wenn Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, dann ist es mit dem Mitleid und dem Bedauern vorbei. Man empfindet wohl auch unheimliches Grauen vor dem großen Ausmaß dieser Not; das ging ja aus den bisher hier gehörten Reden zur Genüge hervor. Aber ernste Maßnahmen zur Verminderung des Massenelends werden nicht getroffen. Auch dafür sind die Anträge des Hauptausschusses zur Notlage der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter die besten Beweise; denn aus diesen Anträgen liest man wohl Worte heraus, aber es geht keine einzige Tat aus ihnen hervor, mit der das Elend bekämpft werden könnte. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Man hört nur hier und da ein Anpochen, ohne daß der Hauptausschuß den klaren Antrag an das Haus bringt, daß vom Staatsministerium bestimmte Summen zur Erhöhung der Unterstützungen für die Erwerbslosen, die Kurzarbeiter und die Sozialrentner bereitgestellt werden sollen. Es kommt doch nicht auf schöne Worte und auf Vertröstungen an — dabei können die Leute verhungern —, sondern es kommt darauf an, materielle Mittel zur Hebung der Notlage zur Verfügung zu stellen. Wenn aber die „notleidenden“ Großagrarien und Großindustriellen nach Staatskrediten, nach Steuerermäßigungen, nach Staatszuschüssen oder nach anderen Vergünstigungen schreien, wenn die Hohenzollern ihre unverschämten Forderungen stellen, dann finden diese Kreise bei der Regierung und der Landtagsmehrheit nicht nur ein offenes Ohr, sondern auch eine zahlungswillige Hand. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Dann ist auch auf einmal Geld vorhanden, das sonst immer mangelt, wenn es sich um die Erfüllung sozialpolitischer Anträge handelt. Gerade die Beamtendemonstration, besonders die große gestrige Demonstration, sollte den Herrschenden ein warnendes Zeichen sein, wohin es führt, wenn man den berechtigten Forderungen dieser Kreise völlig verständnislos gegenübersteht, wenn man wohl Worte des Trostes, des Mitleids findet, aber keine Mittel zur Verfügung stellt, damit die kleinen Beamten auch ihre Existenz fristen können.

Nun sind sich die Beamten durchaus darüber klar, daß im Verhältnis zu der großen Notlage der Fabrikarbeiter ihre Lage noch nicht die schlimmste ist, daß das Elend der Fabrik- und Landarbeiter, der Erwerbslosen, der Kurzarbeiter noch größer ist. Sie stehen aber in einer Reihe im Kampf für die Behebung dieser Notlage. Es ist doch ein Zeichen dieser schweren Zeit, daß selbst die unter disziplinarischen Druck gesetzten Beamten über diesen Druck hinweg jetzt den Weg zur einheitlichen Kampffront mit den Arbeitern finden und dieselben Mittel zur Durchführung ihrer Forderungen anwenden, die auch von den Arbeitern angewandt werden. (Bravorufe bei den Kommunisten.) Wir begrüßen durchaus diese Erkenntnis in den breiten Kreisen der kleinen Beamten, weil es der einzige Weg ist, auf dem sie aus ihrem Elend und ihrem Druck herauskommen können. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Nun entspricht dieses ganze Unverständnis, diese ganze Unfähigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien, ernste Maßnahmen zur Behebung dieses Elends zu treffen, durchaus dem ganzen Wesen dieses bürgerlichen Klassenstaates, von dem die Werktätigen nichts, aber auch gar nichts zu ihrem Schutz und zu ihrem Wohle erwarten können. Wir Kommunisten bemühen uns, das in erster Linie den Werktätigen begreiflich zu machen, nicht, damit sie sich etwa damit abfinden, sondern damit sie sich in der einheitlichen Kampffront zusammenfinden und den Kampf um die politische Macht aufnehmen und den bürgerlichen Klassenstaat durch den Sowjetstaat ersetzen. So haben es die russischen Arbeiter und Bauern getan.

Es ist hier in ganz eigenartiger Weise von dem Vertreter der Deutschnationalen eine gewisse Ostorientierung zum Ausdruck gebracht worden. Nur beruht diese Ostorientierung auf Voraussetzungen, die Illusionen sind. Wenn Sie wie Herr von der Osten glauben, daß etwa die russischen Arbeiter und Bauern die deutschnationale Intelligenz in die Sowjetunion holen werden, so irren Sie sich. Die russischen Arbeiter und Bauern werden sich die Kräfte, die in die Sowjetunion kommen, um ihnen zu helfen, genau ansehen.

Wenn Herr von der Osten vielleicht glaubt, daß in höchstens sieben Jahren der Bolschewismus völlig erledigt sein wird, so ist

das auch wieder eine Illusion, um die ich wirklich die Herren, die immer noch solchen Illusionen nachjagen, nicht beneide. Welche Fristen hat man schon dem Bolschewismus gestellt, wie lange er noch am Ruder sein würde! Und doch müssen die einsichtigen bürgerlichen Beobachter zugeben, daß keine Regierung der Welt so fest stabilisiert ist wie die Sowjetregierung („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), die nicht über ein einsprachiges Land die Staatsgewalt ausübt, sondern über viele Nationen, die sich zur Union zusammengefunden haben. Weit über den Rahmen der Sowjetunion hinaus erwirbt sich die Sowjetregierung Sympathie und Vertrauen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die unterdrückten Völker flüchten zu dieser Regierung, um Schutz gegen die imperialistischen Mächte zu suchen.

Andererseits waren es sehr viele Märchen, die Herr von der Osten hier erzählt hat, so vom Totschlagen der Intelligenz in der Sowjetunion. Ja, man hat mit den Leuten aufgeräumt, die kein Verständnis für die Notwendigkeiten des Sowjetstaates hatten. Man hat mit manchem, der geglaubt hat, diese Macht durch konterrevolutionäre Umtriebe unterminieren zu können, kurzen Prozeß gemacht. Das stimmt. Aber ob das gerade die russische Intelligenz gewesen ist, das wagen wir sehr in Zweifel zu ziehen. Es waren meistens die großen Dummköpfe, die die Weltgeschichte nicht verstehen und die heute immer noch hoffen, daß dieses große Mahnzeichen für die Völker der ganzen Welt ausgelöscht werden könne. Man möchte gern Geschäfte mit der Sowjetunion machen, aber man fühlt, daß doch schließlich die Macht, mit der man die Geschäfte machen will, auch eine werbende Macht für die Proletarier der ganzen Welt ist, weil diese Macht zum Ausdruck bringt: kein Niedergang, sondern Aufstieg aus den Trümmern der alten zaristischen Herrschaft, Errichtung eines neuen Reiches, einer neuen Welt. Das verstehen die englischen, die französischen, die amerikanischen Arbeiter, das verstehen die Ostvölker, und das ist die Gefahr für die Herrschaft des Kapitalismus. Daher all die Bestrebungen, dieses Mahnzeichen für die Völker der Welt auszulöschen! Daher die Versuche, gegen die Sowjetunion Interventionskriege vorzubereiten.

Die Werktätigen Deutschlands haben so unendlich schwer darunter zu leiden, daß sie aus dem Novemberzusammenbruch der

Monarchie nicht eine Novemberrevolution gemacht haben, sondern sich durch die vorgegaukelte Illusion einer friedlich-demokratischen Entwicklung zum Sozialismus vom revolutionären Kampf abhalten ließen, sich sogar einreden ließen, daß der revolutionäre Kampf die Sozialisierung hindere und daß deshalb die Niederschlagung von Spartakus eine den Werktätigen nützende Aufgabe sei. Die Werktätigen Deutschlands haben diese Illusion schwer bezahlen müssen. Heute sehen immer größere Kreise des deutschen Proletariats ein, wie sie genasführt worden sind. Heute kommen sie nach und nach — so große Schwierigkeiten ihnen auch bereitet werden — zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes.

Die sozialdemokratische Führerschaft hat sich leider der Bourgeoisie für die Täuschung der Arbeiter und zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung bereitwillig zur Verfügung gestellt und, was das Traurigste ist, sie setzt diese schändliche Aufgabe mit eiserner Konsequenz durch. In allen schwierigen Situationen für die Bourgeoisie steht die sozialdemokratische Führerschaft an ihrer Seite, setzt sie sich für die Staatsnotwendigkeiten, das heißt für die Interessen des bürgerlichen Klassenstaates und für seine Befriedung ein. So haben die Werktätigen es ihrer Vertrauensseligkeit in die Worte der bürgerlich-sozialdemokratischen Führerschaft und deren Wirksamkeit für den bürgerlichen Klassenstaat zuzuschreiben, daß sie von der Bourgeoisie, dem Unternehmertum, den Monarchisten und den Hohenzollern mit aller Frechheit und Brutalität ausgebeutet, ausgesogen und geknechtet werden.

Wenn jetzt die sozialdemokratischen Führer im Reichstage erneut vor einem Pakt mit der Bourgeoisie stehen, indem sie mit ihr gemeinsam die Regierung bilden, so stärkt das nur die Position der Bourgeoisie. Alle angeblichen Forderungen, die man als Handelobjekt den Arbeitern vorgaukelt, sind doch nur Manöver, um die sozialdemokratischen Mitglieder über den wirklichen Dienst zu täuschen, den ihre Führer der Bourgeoisie leisten. Es ist immerhin interessant, daß der sozialdemokratische Parteiausschuß nicht gewagt hat, einen klaren Beschluß zu fassen. Wäre der Parteiausschuß der Meinung, daß es in dieser Zeit der Not nicht angebracht ist, mit der Bourgeoisie eine gemein-

same Regierung zu bilden, dann hätte er das zum Ausdruck bringen müssen und hätte es auch getan. Nein, weil man die Große Koalition will, deshalb hat er keinen Beschluß gefaßt, deshalb läßt man die sozialdemokratischen Mitglieder in dem Wahne, daß die Führerschaft nicht die Große Koalition will. Wir sind überzeugt, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie nach einigem Geplänkel den Weg finden wird, gemeinsam mit der Bourgeoisie, mit den Volksparteilern eine Regierung zu bilden.

Wenn die Deutschnationalen darüber toben, wenn sie ihren Freunden zur Linken — oder hier im Hause zur Rechten —, den Volksparteilern, Vorwürfe machen, daß sie aus der Reihe gesprungen sind, daß sie mit den Sozialdemokraten zusammengehen wollen, so wissen doch die Deutschnationalen zur Genüge, daß sie selbst mit ihrer eigenen Teilnahme an der Regierung die Interessen der Bourgeoisie nicht besser wahrnehmen können, als es durch die sozialdemokratischen Regierungsglieder geschieht. Wir haben es gerade hier im Preußischen Landtage zu aller Genüge kennengelernt, wie sich auch die sozialdemokratischen Minister für die Interessen der Großagrarien und Großindustriellen und — wie der Ausgleichsvorschlag zur Abfindung der Hohenzollern zeigt — selbst für die Interessen der Hohenzollern einsetzen.

Die Deutschnationalen wissen auch, daß die Unterschrift unter den Locarnovertrag in London für die Hindenburg-Republik das unvermeidliche Ergebnis der Politik ist, die auch von den Deutschnationalen in der Regierung getrieben worden ist. Die deutschnationalen Reichsminister haben auch die Note mit unterschrieben, die die Grundlage der Verhandlungen in Locarno gewesen ist. Was soll nun der Theaterdonner hier, daß Sie glauben machen wollen, die Interessen der großen Massen des deutschen Volkes wahrzunehmen, wenn Sie wegen der Unterschrift in London aus der Regierung ausgetreten sind. Das nimmt niemand ernst; jeder fühlt, daß das nur das Drücken vor der Verantwortung für die Politik ist, die Ihre Mitglieder in der Regierung getrieben haben.

Wir Kommunisten sind die einzigen, die von Anfang an die Sklavenverträge von Versailles, den Dawespakt von London und die Verträge von Locarno bekämpft und den Massen den ein-

zigen Ausweg gezeigt haben, auf dem sie diese Sklavenverträge loswerden können. Das ist der Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern gegangen sind: Sturz der Bourgeoisie im eigenen Lande, Aufrichtung der Sowjetmacht, Zerreißung der Sklavenverträge — daher ein Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland! Kein Ententeimperialismus, keine Macht der Welt würde es wagen, deshalb die deutsche Sowjetmacht anzugreifen. Die französischen und die englischen Arbeiter würden es nicht zulassen, daß etwa der französische und der englische Militarismus einen Kriegsfeldzug gegen die mit der russischen Sowjetmacht vereinte deutsche Sowjetmacht unternähme. Wenn wir das zum Ausdruck bringen, so ist das nicht etwa Kriegsgerassel, sondern das zeigt den werktätigen Massen den einzigen Weg. Alles andere, alles Gerede von den Friedensgrundlagen, die durch den Vertrag von Locarno geschaffen werden sollen, ist nichts anderes als eine Täuschung der Massen, als ein Versuch, sie abzuhalten, diesen Weg der Zerreißung der Sklavenverträge zu gehen.

Nun sind es wieder die sozialdemokratischen Führer, die durch ihre Zustimmung zu den Locarnoverträgen der Bourgeoisie aus einer Schwierigkeit herausgeholfen haben. Gerade ihren vermeintlich ärgsten Feinden, den Deutschnationalen, haben sie aus einer großen Schwierigkeit herausgeholfen. Worin bestand denn die Schwierigkeit? Die Sozialdemokraten hatten es anfänglich sehr gut erkannt: Die Schwierigkeit für die Deutschnationalen bestand darin, daß sie sich wieder wie beim Dawespakt hätten halbieren müssen, die Hälfte dafür, die Hälfte dagegen, um eine Mehrheit herbeizuführen. Denn sie wußten: Bei einer Reichstagsauflösung auf Grund der Locarnoverträge wäre es den Deutschnationalen sehr schlecht ergangen. Darin unterscheiden wir Kommunisten uns sehr wesentlich von den Deutschnationalen, wenngleich beide auch die Locarnoverträge bekämpfen. Wir zeigen den werktätigen Massen den Weg, auf dem sie aus den Sklavenverträgen herauskommen — während die Politik der Deutschnationalen die breite Masse verblendet und sie den Weg nicht gehen lassen will, während im Gegenteil die Deutschnationale Partei alle Mittel anwendet, um die werktätigen Massen von diesem Wege abzuhalten. Die ganzen Vorbereitungen für den Rechtsputsch, die Bewaffnung der Schwarzen Reichswehr —

gegen wen machen sie das? Etwa gegen den französischen und englischen Imperialismus? Nein, das machen sie gegen die revolutionären werktätigen Massen in Deutschland, um sie niederzuschlagen. Deshalb wäre eine Auseinandersetzung über den Locarnovertrag in einer Wahlbewegung nicht zugunsten der Deutschnationalen ausgeschlagen. Wenn die sozialdemokratischen Führer ursprünglich bei ihrer Absicht geblieben wären — wenn auch nur passiv durch Enthaltung bei der Abstimmung beiseite zu stehen —, dann hätten die Deutschnationalen die Verantwortung für die Politik übernehmen müssen, die sie selbst getrieben haben. Davor haben sie die sozialdemokratischen Führer bewahrt. Sie haben den Deutschnationalen ebensowohl wie der Bourgeoisie dadurch einen Dienst erwiesen, daß sie ihrer ursprünglichen Absicht untreu geworden sind und für den Locarnovertrag gestimmt haben. Wenn mir mehr Zeit zur Verfügung stünde, dann würde ich gegenüberstellen, was die sozialdemokratischen Führer sagten, wie sie sich verhalten wollten, und was sie nachher in Wirklichkeit getan haben, nachdem die Locarnoverträge paraphiert¹ waren.

Die Sozialdemokratische Partei hat zeitweilig während und nach den Verhandlungen von Locarno ein großes Geschrei von ihren Wünschen nach einer Auflösung des Reichstages gemacht. Es konnte so scheinen, als stände hinter diesem Geschrei wirklich der ernste Wille, es unbedingt zur Reichstagsauflösung kommen zu lassen. Ich sage: Es konnte so scheinen. Wir haben aber niemals ernsthaft daran geglaubt. Wir konnten uns nicht gut vorstellen, wie die Sozialdemokratie eine Reichstagswahlbewegung machen könnte, wenn sie selbst gegen Locarno gestimmt oder sich der Stimme enthalten hätte. Deshalb konnte dieses ganze Geschrei eben nur ein Manöver sein, um damit vor ihren eigenen Mitgliedern und den Arbeitern ihre Schwäche zu verbergen.

Nun aber noch ein Wort zu dem, was von der Sozialdemokratie aus diesem Locarnovertrag gemacht wird. Es ist wieder dasselbe, was von der Sozialdemokratie immer betrieben worden ist. Jeden ihrer Fehler sucht sie noch zu übersteigern, indem sie diesen Fehler den Massen als einen Gewinn und Vorteil hinstellen

¹ Paraphieren — vorbehaltlich der Zustimmung der Parlamente unterzeichnen. *Die Red.*

sucht. Locarno soll die Sicherung des Friedens sein, soll Friedensgarantien enthalten; der Eintritt in den Völkerbund soll die staatsrechtliche Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen Staaten bedeuten. Artikel 16^[24] ist ihnen dabei sehr unbequem. Aber man sagt den Arbeitern: Niemand denkt schließlich daran, gegen die Sowjetunion irgend etwas zu unternehmen. Man beruft sich auf ausländische Staatsmänner, die so etwas sagen, um dann das Gegenteil zu tun. So ist es auch bei den sozialdemokratischen Führern; sie tun immer das Gegenteil von dem, was sie sagen. Man kann mit Sicherheit damit rechnen, wenn sie etwas sagen, daß sie letzten Endes das Gegenteil davon tun werden. Das ist diese Politik, die eben keine proletarische Klassenpolitik mehr ist, sondern die sich nach den Bedürfnissen der Bourgeoisie, nach den sogenannten Staatsnotwendigkeiten orientiert. Nun, wir wissen — das ist wieder eigenartig —, daß die Deutschnationalen die gleiche Auffassung haben, daß Locarno keine Friedenssicherheit bedeutet und daß alle Hoffnungen auf Abrüstung Illusionen sind. Aber wir fragen die Deutschnationalen, wenn sie dieser Auffassung sind: Welche Schlußfolgerungen sind dann daraus zu ziehen? Sie müßten Bolschewisten werden, wenn Sie konsequent bleiben würden. Denn Sie werden sich doch nicht einbilden, daß etwa der Kapitalismus plötzlich vernünftig geworden ist, daß der mit dem Kapitalismus, mit dem Imperialismus verbundene Konkurrenzkampf der Kapitalisten, der bürgerlichen Staaten untereinander, plötzlich aufhören wird und nunmehr alle von großer Friedensliebe triefen, daß all die Konflikte und Komplikationen nicht mehr eintreten werden, die schließlich solche kriegerischen Auseinandersetzungen unvermeidlich machen.

Aber wer kann das schließlich verhindern? Wodurch kann es verhindert werden? Indem man den Kapitalismus beseitigt und damit seinen Konkurrenzkampf; indem man den Imperialismus beseitigt und die damit verbundene unvermeidliche Sucht nach Ausbeutung anderer Völker. Aber das heißt, die Revolution des Proletariats durchführen. Das heißt, die Sowjetmacht in der ganzen Welt aufrichten. Wenn die Deutschnationalen dieser Meinung sind, dann müssen sie das offen zum Ausdruck bringen; sonst ist das eitel Spiegelfechterei, was hier in der Ostorientierung der Deutschnationalen zum Ausdruck kommt.

Nun, aus vielen Schwierigkeiten vermag die Sozialdemokratie der Bourgeoisie herauszuhelfen, aber aus einer Schwierigkeit ist es ihr nicht möglich, und das ist die ungeheure Wirtschaftskrise. Es sind hier von dem sozialdemokratischen Redner die Ursachen dieser Krise zum Teil ganz richtig angedeutet worden. Aber die Politik der Sozialdemokratie steht im krassen Gegensatz zu diesen leisen Andeutungen von den Ursachen der Wirtschaftskrise. Die Sozialdemokratie trägt mit die Hauptschuld daran, daß wir in diese schwere Wirtschaftskrise hineingekommen sind. Ich will gar nicht bis zum August 1914 zurückgreifen. Was sie nach dem Kriege getan hat, das alles hat nicht zur Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt, sondern zu ihrer Vermehrung. Die Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrise liegen überhaupt in den Auswirkungen der durch den Krieg herbeigeführten Verschiebung der Produktions- und Handelsverhältnisse. Deshalb haben auch die Siegerstaaten genauso unter einer Wirtschaftskrise zu leiden wie die besiegten Länder. Im besonderen kommen für Deutschland als Ursachen die Einengung des Absatzgebietes und die Aussaugung durch den Dawespakt in Frage. Die gegenwärtig sich täglich verschärfende Wirtschaftskrise mit ihren Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen und der für die Arbeiter sich daraus ergebenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat ihre Ursache in den Auswirkungen der Stabilisierung der deutschen Mark. Das erscheint auf den ersten Blick grotesk; das, was man als Allheil gepriesen hat, die Stabilisierung der Reichsmark, ist zur Ursache der Wirtschaftskrise geworden. Worin liegt aber die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch? Sie liegt darin, daß die kapitalistische Wirtschaft auf der Profitwirtschaft aufgebaut ist, daß nicht die allgemeinen Interessen des Volkes für die Produktion ausschlaggebend sind, sondern der Profithunger einzelner Kapitalisten. Und diejenigen, die sich in der Inflationszeit vollgesogen haben, die diese Inflationsnot der breiten Massen zu einer Bereicherung, zur Ausdehnung ihrer Produktions- und Handelsstätten ausgenutzt haben, vermochten diese künstlich aufgeblähten Produktions- und Handelsstätten nicht zu halten, als die Stabilisierung der Mark eintrat. Das ist eine der Ursachen der gegenwärtigen Zuspitzung der Wirtschaftskrise, der Bankrotte, der Stillegung großer Konzerne.

Dann kommt hinzu, daß natürlich auch der Mangel an langfristigen Krediten und der hohe Zinsfuß für die Kapitalisten gewisse Schwierigkeiten in der Produktion mit sich bringen. Aber das soll man dabei nicht verkennen: Ein großer Teil der Betriebs Einschränkungen und der Kurzarbeit ist von den Unternehmern künstlich herbeigeführt worden („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), weil sie mit dieser Verstärkung der Wirtschaftskrise — dadurch, daß man Tausende von Arbeitern auf das Straßenpflaster wirft — einen Druck, eine Pression, auf die Parlamente und auf die Regierungen ausüben wollen, um dadurch Kredite und Steuerermäßigungen zu erzwingen. Das hat Herr von der Osten hier deutlich zum Ausdruck gebracht. Er hat hier den großen Bankrott der Landwirtschaft erklärt und gesagt, daß unbedingt eine Steuerermäßigung für die Landwirte vonnöten sei. Aber Herr von der Osten hat kein Wort davon erwähnt, wieviel notwendiger für die arbeitslosen, hungernden, schlechtbezahlten Arbeiter eine Herabsetzung, wenn nicht überhaupt eine Aufhebung der Lohnsteuer wäre. Denn Tatsache ist, daß der ganze Verwaltungsapparat, daß Staat und Parlamente von den Lohnsteuern der Arbeiter leben. Was von der Bourgeoisie noch an Steuern aufgebracht wird, steht in einem geringen Verhältnis zu der Masse von Steuern, die von den Arbeitern, den breiten werktätigen Massen durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Mietsteuer usw. aufgebracht werden muß. Es ist richtig, was hier gesagt worden ist, daß es dringend notwendig wäre, den inneren Markt dadurch auszuweiten, daß man den Arbeitern höhere Löhne zahlt und sie dadurch zu zahlungsfähigen Konsumenten macht. Heute ist die Hälfte der Bevölkerung aus dem Kreise ausgeschlossen, der sich kaufen kann, was er zum Leben unbedingt benötigt — daher die Einengung des inneren Marktes.

Bei aller Aufzeigung der Ursachen dieser Krise ist aber keiner der Redner auf die Frage eingegangen, wie diese Ursache behoben werden kann. Und da fängt die Sache überhaupt erst an, für die Bourgeoisie heikel zu werden; sie kann mancherlei Maßnahmen treffen, um dem Unternehmertum, den Großagrariern zu helfen. Sie kann auch hier und dort den Arbeitern geringe Unterstützungen zahlen. Aber all das verstopft doch nicht die Quelle dieser dauernden Wirtschaftskrise, die immer wieder neu er-

stehen muß. Die Ursache liegt im kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftssystem und kann nur mit der Beseitigung dieses Systems beseitigt werden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Einer meiner Parteifreunde wird des näheren auf diese Wirtschaftskrise, insbesondere auf das Elend der Erwerbslosen, Kurzarbeiter und Sozialrentner eingehen. Hier wollte ich nur ganz allgemein den Zusammenhang dieses Elends mit der gesamten Politik der preußischen Regierung und der Landtagsmehrheit kennzeichnen.

Selbst wenn vom Staate erhebliche Mittel zur Linderung des Erwerbslosenelends bereitgestellt würden, so würde das nicht verhindern, daß die Zahl der Erwerbslosen wächst; denn heute ist es ins Belieben des Unternehmers gestellt, ob er einen Arbeiter beschäftigen will oder nicht. Die Betriebsräte, die sich gegen die Entlassung wehren, werden zur Strafe dafür selbst auf das Straßenpflaster geworfen, wie neulich bei einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht bündig dargelegt worden ist.

Der Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat selbst erklärt, es seien keine Mittel für die Erwerbslosen vorhanden. Im Reichstage erklärt man, daß man die Erwerbslosenunterstützung nur um höchstens 20 Prozent erhöhen könne. Während eine hundertprozentige Erhöhung unbedingt vonnöten ist, will man die Erwerbslosenunterstützung nur um den fünften Teil erhöhen.

Aber für die Hohenzollern hat Herr Höpker-Aschoff wahrscheinlich Geld, denn der Ausgleichsvorschlag, den er unterbreitete, sieht doch eine unerhörte „Entschädigung“ der Hohenzollern vor. Von den Deutschnationalen wird die ganze Frage als eine Rechtsfrage aufgezo-gen. Sie vermeiden aber sehr sorgfältig, darauf einzugehen, wie denn die Hohenzollernvermögen entstanden sind. Das ist nicht von Rechts wegen, sondern durch freche Ausplünderung, durch Raub, durch Diebstahl geschehen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) So haben sie ihre Vermögen zusammengeschartt, und jetzt verlangen sie, daß der Staat sie noch dafür entschädigen soll, daß sie anderen das Vermögen abgenommen haben. Bei der Auseinandersetzung ist originell, daß sich die Deutschnationalen bei der Bekämpfung der Herabsetzung der Abfindung, bei dem Streit um die Höhe der „Unterstützung“ auf die Ausführungen sozialdemokratischer Führer berufen und

die Sozialdemokraten auf die Ausführungen eines Mannes, der den Deutschnationalen sehr nahestand, auf Bismarck. Denn nur darum geht der Streit zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien. Es geht doch nicht darum, ob man sie entschädigungslos enteignen soll; so hart wollen auch die Sozialdemokraten den Hohenzollern gegenüber nicht sein. Sie wollen zwar weniger zahlen, aber sie wollen zahlen! Sie stehen also mit den Deutschnationalen auf einer Basis.

Der „Vorwärts“ oder vielmehr Herr Heilmann stellt mit Befriedigung fest, daß die Linksparteien diese Anforderung der Hohenzollern von dem Gesichtspunkt aus bekämpfen, den Bismarck bei der Abfindung der welfischen und der hessischen Könige und Fürsten geltend gemacht hat. Bismarck hat sich dabei wenig um Rechtsgrundsätze gekümmert. Er hat gewußt, daß Grundbesitz im Lande Macht bedeutet; und daß, wenn man die Welfen und die Hessen machtlos in Deutschland machen wollte, man ihnen den Grundbesitz nehmen mußte. Das hat Bismarck sehr gut verstanden. Wenn wir also den Hohenzollern in Deutschland zur Macht verhelfen wollen — sie sind es ohnehin in Gestalt der Rechtsparteien, aber wenn man ihnen diese Macht auch noch fundieren will —, dann muß man ihnen den Grundbesitz geben, der in dem Ausgleichsvorschlag vorgesehen wird, die 290 000 Morgen Land- und Forstbesitz; dann werden sie wieder zu einem größeren Grundbesitzer in Preußen, dann werden sie auch eine wirtschaftliche Macht in Preußen bedeuten. Es ist die Vorbereitung der Rückkehr dieser Banditen, wenn man ihnen jetzt diesen Grundbesitz in den Rachen werfen will, ganz abgesehen von der baren Geldentschädigung.

Aber ich sagte schon: Deutschnationale und Sozialdemokraten sind sich vollkommen darin einig, daß man den Hohenzollern für ihre großen Heldentaten — von denen Herr von der Osten sprach — eine Entschädigung geben muß. Nun, die großen Heldentaten sind von einem Schriftsteller, der sich heute in Ihrem Lager befindet, von Herrn Max Maurenbrecher, in seiner zweibändigen Geschichte genau dargelegt worden. Von Heldentaten ist da verflucht wenig die Rede. Es ist darüber das gleiche gesagt, was zum Ausdruck kommt in der feigen Flucht Wilhelms II. vor den Dingen, die sich in Deutschland abspielten. Wenn der „Vor-

wärts“ heute abend darauf hinweist, daß man jeden Deserteur nach altem Kriegsrecht an die Wand stellte, so trifft das wohl zu einem Teil den Nagel auf den Kopf; aber wir brauchen gar nicht die Kriegsgesetze heranzuholen. Man soll das machen, was die Kommunisten vorschlagen, man soll die preußischen Wähler befragen, ob sie der Meinung sind, daß man diesen Kerlen überhaupt eine „Entschädigung“ geben soll oder nicht. Ich bin überzeugt, bei der ganzen Notlage selbst der mittleren Bauern würden die Deutschnationalen ein elendes Fiasko erleben, wenn sie eine Abstimmung über diese Frage herbeiführen würden.

Wir haben diesen Vorschlag des Volksentscheids auch den sozialdemokratischen Führern gemacht. Sie glaubten, eine Mauer davor aufrichten zu können, indem sie sagten: Die Sache wird viel Geld kosten. Sie waren offenbar in dem Irrtum, daß man nach der Verordnung, die seinerzeit erlassen worden war, um eine beabsichtigte Volksabstimmung der Siedler unmöglich zu machen — ich glaube, es war Herr Sollmann, der den schlaunen Gedanken ausgeheckt hat —, zur Durchführung des Volksentscheids eine Pauschalsumme hinterlegen müsse; und diese Summe haben die Sozialdemokraten auf 2 Millionen Mark geschätzt. Sie sagten, wir sollten sie erst hinterlegen, dann würden sie mitmachen. Nun handelt es sich gar nicht mehr um solche Pauschalsumme, sondern nur um die Herstellung der Einzeichnungslisten und ihre Versendung. Wir haben uns bereit erklärt, die Kosten dafür zu übernehmen. Was erwiderten die Sozialdemokraten? — Wir verlangen von euch auch die Bezahlung unserer Agitationskosten! — (Große Heiterkeit bei den Kommunisten.) Wenn wir gegen die Hohenzollern eine Propaganda dafür machen sollen, daß sie nicht entschädigt werden, müßt ihr uns die Propagandakosten bezahlen! — Nun, wir überlassen das Urteil über diese Weisheit ruhig den sozialdemokratischen Mitgliedern und sind fest davon überzeugt: Kein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, kein Arbeiter, wird diese Argumentation verstehen. Wir sehen auch hinter den großen Worten jener Sozialdemokraten absolut nicht den ernstesten Willen, energisch vorzugehen. Sie machen eine Zeitlang ein großes Geschrei, und hinterher tun sie nach bekannter Methode das Gegenteil von dem, was sie gesagt haben.

Gestern abend war in der „Neuen Welt“ eine Versammlung,

in der Scheidemann auch über die Hohenzollernabfindung sprach. Als man ihm aus der Versammlung zurief, warum er nicht 1918 gehörig abgerechnet habe, sagte er: Wenn nicht fortgesetzt solche Narren zu uns in die Wilhelmstraße gekommen wären, die immer andere Dinge von uns wollten, die die Revolution zur Lohnbewegung machen wollten, dann hätten wir das durchgeführt. — Ach nein, Herr Scheidemann hat kein gutes Gedächtnis; denn er weiß nicht mehr, was im Rat der Volksbeauftragten beschlossen worden ist, um die Ansprüche der Fürsten als in der Verfassung verankert darzulegen. Er soll sich bei Herrn Schlange-Schöningen erkundigen.

Nun noch kurz zu einigen Sachen, die für die Beurteilung der Politik der Regierung, des Staatsministeriums und des Landtages in Frage kommen. Es könnte noch viel erwähnt werden. Aber ich will mich in Anbetracht der vorgerückten Zeit auf ganz kurze Hinweise beschränken.

In erster Linie möchte ich hervorheben, daß die große wirtschaftliche Not, von der auch die ländliche Bevölkerung, die Landarbeiter und die Kleinbauern erfaßt worden sind, von den Rechtsparteien für ihre konterrevolutionären, monarchistischen Bestrebungen ausgenutzt wird. Die Vorbereitung, die Eindresierung der ländlichen Bevölkerung durch Stahlhelm, Frontbann, Werwolf für einen Putsch ist nichts anderes als eine Vergrößerung der Not des Volkes, als der Versuch, durch einen Rechtsputsch zu ersetzen, was die Deutschnationalen durch ihre Politik in der Regierung dem Volk nicht zu geben vermochten. Sie reden ihm ein, daß die Republik an dieser großen Not schuld sei und daß ein Rechtsputsch der Weg sei, auf dem man aus der Not herauskomme.

Da müssen wir den Minister des Innern wirklich bewundern, daß er den Mut hat, auf eine Anfrage von uns hier zu erklären, solange er da stehe, gäbe es keinen Putsch. Wir haben Herrn Severing gar nicht gefragt, wie lange er da zu stehen gedenkt; denn Tatsache ist: Wenn der Rechtsputsch da ist, steht Herr Severing nicht mehr da. Diese Logik scheint Herr Severing nicht begriffen zu haben. Wir haben nicht das geringste Vertrauen zu Herrn Severing, daß er die Macht hat, einen Rechtsputsch zu verhindern. Uns scheint das an Größenwahn zu grenzen, wenn er

glaubt, seine Person sei eine Garantie für die Verhinderung eines Rechtsputsches. Wenn die Deutschnationalen den Rechtsputsch noch nicht machen, so deshalb, weil sie wissen, daß der Ausgang sehr unsicher ist; denn heute stellt das revolutionäre Proletariat einen ganz anderen Faktor dar als beim Kapp-Putsch 1920 — und selbst da war es gelungen, diese Kerle wieder nach Hause zu jagen. Sie wissen, daß es um ihren Kopf gehen kann, wenn sie einen Rechtsputsch machen, und deshalb zaudern sie. Mit dem Hinweis darauf, daß man einstmals den Putsch machen werde, wollen sie ihre Angehörigen immer bei guter Hoffnung erhalten. Nachdem der „Retter“ Hindenburg versagt hat, müssen Sie (Nach rechts.) Ihren Anhängern etwas anderes bieten, und da Sie nicht viel zu bieten haben, müssen Sie mit dem Gedanken des Rechtsputsches versuchen, Ihre Kreise bei guter Hoffnung zu erhalten.

Dann noch ein Wort zu Klassenjustiz und Amnestie. Es wird immer soviel von der Unabhängigkeit der Richter gesprochen. Ich erinnere aber daran, daß der Reichsinnenminister Jarres einmal ein Rundschreiben herausgegeben hat, in dem er die Richter darauf hinwies, daß man durch Verhängung schwerer Zuchthausstrafen die beste Möglichkeit habe, die Arbeiter von der Beteiligung an wirtschaftlichen und politischen Kämpfen abzuschrecken. Da schreit man immer von der Unabhängigkeit der Richter — ist das nicht eine Beeinflussung und Stärkung des Klassenbewußtseins der Richter im Interesse der Bourgeoisie? Die Urteilssprüche des Staatsgerichtshofs, die Urteilssprüche aller Gerichte beweisen uns, daß die Richter gute Klassengenossen der Bourgeoisie sind, daß sie ihre Tätigkeit als Kampfmittel gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gebrauchen. Wenn man genötigt war, eine Amnestie zu erlassen, so ist dies das beste Eingeständnis, daß die Justiz vom politischen Kampfe nicht frei ist und deshalb die Urteilssprüche einer Korrektur bedürfen.

Aber was ist durch die erbärmliche Amnestie korrigiert worden? Nur 500 Arbeiter sind durch die Amnestie überhaupt auf freien Fuß gesetzt worden. Ich erinnere daran, daß einmal Herr Ministerialrat Kuhnt im Rechtsausschuß gegenüber unserer Forderung auf volle Amnestie der großen Zahl von 7000 Gefangenen erklärt hat, das ist Übertreibung der Kommunisten; nur 500

befinden sich in den preußischen Gefängnissen. Nach der Amnestie hat aber Preußen nicht nur 500 Gefangene in Freiheit gesetzt, sondern die preußische Regierung läßt verkünden, daß sie über 10 000 auf Grund des Amnestiegesetzes in Freiheit gesetzt habe. Es sind nach der Darstellung des Ministerialrats Schaefer auf Grund der Amnestie 6213 schwebende Verfahren eingestellt und in 11 569 Fällen verhängte Gefängnisstrafen erlassen worden. Aber was ist das für eine Spiegelfechterei von einer Regierung, die einmal zur Verhinderung der Amnestie sagt: Es befinden sich nur 500 in den Gefängnissen und nach der Amnestie von 11 600 entlassenen Gefangenen spricht. Warum spricht sie von 11 600? Weil sie verhindern will, daß eine Erweiterung der Amnestie stattfindet, weil sie durch diese Zahl das Gewissen der bürgerlichen Landtagsmehrheit beruhigen will: Man braucht gar nicht mehr aus den Gefängnissen herauszulassen; wir haben soviel getan, daß zu tun nichts mehr übrigbleibt. Aber es bleibt zu tun übrig. Alle diejenigen Arbeiter, die vom Staatsgerichtshof und von preußischen Gerichten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt sind, schmachten im Gefängnis und werden systematisch durch den Strafvollzug zugrunde gerichtet. Wir fordern deshalb die Ausweitung dieser Amnestie vom Landtage und müssen dies gerade in Anbetracht der Spiegelfechterei der Regierung verlangen.

Ich will damit schließen, indem ich nur noch ein paar Zahlen gegenüberstelle, um zu zeigen, wie der preußische Etat und damit die Politik des Landtages und der Regierung aussieht. Wenn wir sehen, daß für Pferderennen 7 680 000 Mark ausgegeben werden sollen, für die Klassenjustiz 268 Millionen Mark gegenüber 184 Millionen im Vorjahre, wenn wir sehen, daß für die Polizei 375 Millionen Mark gegenüber 264 Millionen Mark im Vorjahre ausgegeben werden sollen, für die Pfarrerbesoldung über 67 Millionen, so sollte man meinen: Der preußische Finanzminister schwimmt im Gelde, er weiß nicht, wohin er mit den Einnahmen soll.

Wie sieht es demgegenüber aber aus auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der Sozialpolitik usw.? Für die Volksgesundheit gibt man nicht mehr als 3 300 000 Mark aus, für Tuberkulosebekämpfung ganze 200 000 Mark im Jahre, für Hebammenwesen

600 000 Mark, für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat man ganze 300 000 Mark übrig, für die Fürsorgeerziehung gibt man 15 Millionen Mark aus, aber für die Jugendwohlfahrt nur 3 Millionen Mark. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Es wäre besser, man gäbe diese 15 Millionen Mark für die Jugendwohlfahrt aus; dann brauchte man es nicht für die schmähliche Jugendfürsorge zu tun. Für die Wohlfahrtspflege sind außerdem noch 8 700 000 Mark eingesetzt. Diese Summen, die ich eben nannte und die insgesamt ungefähr 30 Millionen Mark ausmachen, sind das, was der preußische Staat zur Behebung des unsäglichen Massenelends übrig hat. Aber für den Klassenkampf gegen die arbeitende Klasse, zur Aufrichtung der Staatsgewalt, hat man mehr als 800 Millionen Mark übrig. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Ich glaube, diese Zahlen sprechen vor den werktätigen Massen so deutlich, daß sie uns verstehen werden, wenn wir sie immer und immer wieder auffordern, nichts auf die Versicherungen all der Führer der Parteien, die hier die bürgerliche Landtagsmehrheit bilden, zu geben und ihnen nicht zu folgen. Wir Kommunisten werden den Massen den Weg zeigen: Das ist der Zusammenschluß zur einheitlichen Kampffront, zum revolutionären Kampf, das ist die Aufrüttelung der breiten, werktätigen Massen, um auf diese Weise die Kraft zu schaffen, mit der sich das Proletariat selbst aus seinem Elend befreien und diejenigen von sich abschütteln kann, die als Schmarotzer, als Parasiten, an seinem Körper hängen.

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 5. Bd.

Linksblock gegen Offensive der Reaktion

*Aus der Rede im Preußischen Landtag
29. Januar 1926*

Die diesjährige Etatdebatte beginnt in einer Situation, die besonders durch zwei Tatsachen kraß beleuchtet wird. Das ist erstens: die täglich enorm wachsende Arbeitslosigkeit, so daß wir bereits Millionen Arbeitslose haben, und zweitens: ein täglich ebenfalls enormes Anschwellen der roten Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die übrigen Parteien dieses Hauses sind oder waren der Meinung, daß eine größere Etatdebatte eigentlich überflüssig sei, weil sich — nach der erst im Dezember erfolgten Etatdebatte zur dritten Lesung des vorjährigen Etats — nicht viel geändert habe. Ich kann nicht gut annehmen, daß die von mir gekennzeichneten Tatsachen unbemerkt an diesen Parteien vorübergegangen sind. Aber ich kann es andererseits verstehen, daß Sie ziemlich ratlos gegenüber dem Chaos sind, in dem sich Ihre Wirtschaft befindet. Außerdem haben sich die bürgerlichen Parteien dahin verständigt, in dieser Etatberatung möglichst wenig Anträge auf Mehrbewilligungen zu stellen über die im Etat vorhandenen hinaus und außerdem auch weise Einschränkung zu üben in der Zahl der zu stellenden Anträge überhaupt. Herr Schmedding vom Zentrum empfahl diesen Vorschlag besonders damit, daß er einen großen Teil der Anträge dieses Hauses als nicht gerade nützlich und praktisch bezeichnete. Vielleicht ist dies Selbsterkenntnis für die Anträge, die das Zentrum gestellt hat; aber wir können das von unseren Anträgen nicht behaupten.

Auch der Herr Finanzminister ersuchte um schnellste Erledigung des Etats — im Grunde genommen von denselben Gedankengängen ausgehend wie die bürgerlichen Parteien dieses Hauses. Der Etat, den der Herr Finanzminister vorlegte, und seine Etatrede lassen allerdings nicht erkennen, daß ihm die

gegenwärtige Not der werktätigen Massen sonderliche Sorge bereitet.

Wir Kommunisten werden uns von solchen Wünschen der bürgerlichen Parteien und des Finanzministers in keiner Weise beeinflussen lassen. Wir haben sogar sehr viel zu der gegenwärtigen Situation zu sagen. Wir werden das aussprechen, was ist, und kraß die Gegensätze und die Widersprüche der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufzeigen.

Gewiß sucht die Bourgeoisie ihre Herrschaft zu festigen, indem sie ihre Wirtschaft zu stabilisieren versucht. Bis zu einem gewissen Grade ist ihr das auch gelungen, aber eben nur auf Kosten der werktätigen Massen, die durch diese Stabilisierung in immer größere Not hineingeraten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Alle Hoffnungen, die die bürgerlichen Parteien bei den Werktätigen erwecken, sind zuschanden geworden durch die Wirklichkeit, und sie haben bei den werktätigen Massen die Erkenntnis hervorgerufen, daß die Kommunistische Partei die einzige Arbeiterpartei ist, die sich ernstlich der Forderungen und der Not der proletarischen, der werktätigen Massen annimmt.

So ist die rote Front entstanden, die ihren machtvollen Ausdruck durch die Demonstrationen am 27. Januar gegen das Erwerbslosenelend und gegen die unverschämten Forderungen der Fürsten gefunden hat. Wenn allein 200 000 Arbeiter in Berlin auf den Ruf der Kommunistischen Partei zusammengekommen sind, so wissen wir, daß eben nur die Werktätigen im Lustgarten demonstriert haben, die entweder von der Erkenntnis der Bedeutung dieser Demonstrationen getragen sind, oder solche, die den Parteien, denen sie bisher folgten, zeigen wollen, daß ihre Geduld am Ende ist. Aber über die Zahl der Demonstrierenden im Lustgarten hinaus ist die Zahl derjenigen riesengroß, die bereit sind, sich dieser roten Klassenfront des kämpfenden Proletariats anzuschließen. Wir können feststellen, daß im ganzen Reiche 5 bis 6 Millionen Werktätige vorgestern gegen das Elend in der kapitalistischen Wirtschaft und gegen die Forderungen der Fürsten demonstriert haben.

Die Bourgeoisie befindet sich in großer Besorgnis vor diesem Anschwellen der roten Klassenfront. Sie versuchte, diese Demon-

strationen dadurch zu inhibieren, daß sie die Minister des Innern im Reiche und in den Ländern bestürmte, diese Demonstrationen zu verbieten. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Es wurden auch deutlich Maßnahmen getroffen, um die Demonstranten zu provozieren, damit sie sich zu unbedachten Handlungen hinreißen ließen. Man hoffte, dadurch den Anlaß zu erhalten, mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung, mit Diktatur und Ausnahmezustand, gegen diese rote Klassenfront vorzugehen. Die Berichte der bürgerlichen Presse zeigen, wie ihnen die Demonstrationen in die Knochen gefahren sind. Wir werden nicht lockerlassen, die Front nach und nach immer mehr zu stärken, damit die werktätigen Massen die Kraft finden, mit dem Elend aufzuräumen, durch das sie heute systematisch zugrunde gerichtet werden.

Das Anschwellen der roten Klassenfront ist so stark, daß es selbst die koalitionslüsternen rechten sozialdemokratischen Führer und die Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für klug gehalten haben, dieser Bewegung jetzt Rechnung zu tragen. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Für die Wirtschaftskrise werden in bürgerlichen Kreisen die verschiedensten Erklärungen gegeben, für ihre Behebung die mannigfachsten Vorschläge gemacht. Aber niemand aus Ihren Kreisen glaubt so recht daran, daß eine Behebung dieses Chaos möglich ist. Alle Maßnahmen, die zu ihrer Besserung und Behebung gemacht werden, krankten daran, daß sie schon von vornherein erkennen lassen: Sie begreifen nicht einmal die Ursachen, aus denen dieses Chaos notwendigerweise hervorgehen muß. Der Widerspruch, der in der planlosen kapitalistischen Profitwirtschaft einzelner Kapitalisten oder Kapitalistengruppen und der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Regelung der Produktion und des Absatzes liegt, wird und muß immer wieder die Krisen hervorrufen.

Wenn etwas besonders dazu angetan ist, das zu beweisen, so ist es die Auswirkung des Dollarsegens, der sich nach dem Dawespakt über Deutschland ergossen hat. Diese Dollarsonne sollte doch das Heilmittel sein, das die Wirtschaft in Deutschland aus dem Chaos herausheben sollte. Die Befürworter des Dawespakts haben gerade den Arbeitern gesagt: dadurch werde die

Industrie Kredit bekommen, dann werde Arbeitsgelegenheit vorhanden sein, und man wird so aus dem Elend herauskommen. Der amerikanische Dollar sollte zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft dienen. Aber jeder Kapitalist suchte soviel wie möglich davon zu erhaschen, nicht etwa zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft, sondern zur Vermehrung seines Profits durch Ausbau seines Privatunternehmens oder — wenn die Kraft des einzelnen dazu nicht ausreichte — zum Ausbau der Unternehmungen kapitalistischer Konzerne. Durch diesen Dollarsegen, diese Kreditmöglichkeit, dehnten sich viele Unternehmungen krankhaft aus. Sie mußten zusammenbrechen, als die Verschuldung Deutschlands auf Grund dieses Dollarsegens so groß war, daß nicht mehr der zur Fortführung dieser Unternehmungen erforderliche Kredit zu beschaffen war. Nicht die wirtschaftliche Wichtigkeit eines Unternehmens für den gesellschaftlichen Bedarf war für die Zuteilung des Dollarsegens und des Kredits maßgebend, sondern lediglich die Höhe und die Sicherheit des zu erwartenden Profits.

So führte dieser Dollarsegen zu einer Steigerung des Widerspruchs zwischen dem Produktionsapparat und seiner Verwertungsmöglichkeit, und dieser Widerspruch explodierte in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit ihren Massenstilllegungen, Betriebseinschränkungen, Zusammenbrüchen der Inflationskonzerne und der mit all diesen Erscheinungen verbundenen Massenarbeitslosigkeit, die wir in so erschreckendem Maße vor uns sehen.

Interessant ist dabei noch, daß wiederum ein angekündigtes Heilmittel zur Behebung der Wirtschaftskatastrophe, nämlich die Herbeiführung einer aktiven Handelsbilanz im Dezember vorigen Jahres, gerade die Auswirkung dieser Krise ist. Der Kapitalimport, der auf Grund des Dollarsegens nach Deutschland einsetzte, ermöglichte einen Rieseneinkauf ausländischer Produkte und schuf infolgedessen einen Riesenüberschuß der Einfuhr, der zeitweise monatlich über eine viertel Milliarde betragen hat. Aber durch diesen Einfuhrüberschuß und durch die Zinsleistungen für die Anleihen und Kapitalzuschüsse trat eine ungeheure Verschuldung der deutschen Wirtschaft ein, die zu diesem Zusammenbruch und damit auch wiederum zur Einschränkung

kung der Einfuhr beigetragen hat. Dabei ist noch zu beachten, daß gerade, als der Einfuhrüberschuß Mitte vorigen Sommers am größten war, die Beschäftigungsmöglichkeiten für das Proletariat günstiger waren als jetzt. Nachdem man einen Ausfuhrüberschuß über die Einfuhr, also die aktive Handelsbilanz, herbeigeführt hat, ist dennoch die größte Arbeitslosigkeit zu sehen, die wir nach dem großen Inflationsjahre bisher überhaupt gehabt haben. Daran können Sie den Unsinn ermessen, der darin liegt, daß man versucht, den Arbeitern einzureden, an ihrem Elend sei nur die Rieseneinfuhr, die passive Handelsbilanz, schuld, und durch eine Behebung dieses Mißstandes müsse sich die wirtschaftliche Lage des Proletariats, der werktätigen Massen bessern.

Aber noch eines! Diese aktive Handelsbilanz ist besonders dadurch zustande gekommen, daß die Einfuhr von Lebensmitteln im Dezember gegenüber November um 7 Millionen Reichsmark zurückgegangen ist und daß die Ausfuhr von Lebensmitteln bedeutend — um 15 Millionen Reichsmark — gestiegen ist. Was bedeutet das für den Lebensmittelmarkt in Deutschland? Eine Einschränkung des Angebots von Lebensmitteln, das in Anbetracht der Nachfrage eine Steigerung der Lebensmittelpreise herbeigeführt hat. So ist die aktive Handelsbilanz in Wirklichkeit nicht nur eine Auswirkung der Krise, sondern sie führt gleichzeitig dazu, die Hungersnot der werktätigen Massen in Deutschland zu steigern. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Mit diesen beiden Beispielen, die zeigen, wie sich jede kapitalistische Maßnahme auf Kosten der Werktätigen auswirkt — und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Ländern —, will ich es bewenden lassen.

Alle Hoffnungen, alle Illusionen, die Sie hervorgerufen haben, sind zuschanden geworden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich auf Grund der wachsenden Einsicht der Massen in die Zusammenhänge die rote Klassenfront des Proletariats gebildet, während sich auf Grund der immer stärker werdenden revolutionären Bewegung alle bürgerlichen Parteien mehr noch als bisher zur schwarzen Front zusammenfinden. Schwarz ist diese Front nicht nur deshalb, weil das Zentrum mit seinem historischen Namen innerhalb dieser schwarzen Front ist, sondern auch deshalb, weil aus ihr Tod und Verderben für das Proletariat her-

vorgeht und weil sie genauso die Macht des Unterganges ist, die — wie schließlich die kapitalistische Klasse überhaupt — nichts anderes erstrebt als die Steigerung ihres Profits, mag auch die Welt darüber zugrunde gehen. Demgegenüber steht die rote Klassenfront, die, wenn ich die Farbenerklärung weiter geben soll, die Morgenröte des Ostens darstellt, den Aufstieg der werktätigen Massen nicht nur in machtpolitischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. (Zuruf rechts: „Rußland!“)

— Meine Herren! Ich werde noch an einer anderen Stelle darauf zurückkommen, wie aus Ihren Reihen die ganzen Hoffnungen auf die Entwicklung in der Sowjetunion gesetzt werden; Sie lachen entweder über das, was Ihre eigenen Parteifreunde über die Ostorientierung sagen, oder Sie wissen nicht, worum es sich handelt. —

Andererseits, weil die rote Farbe das Symbol der Liebe und der Blutgemeinschaft der proletarischen Klasse darstellt.

Also, die schwarze Front gegen die rote, oder besser gesagt: die rote Klassenfront gegen die schwarze Front! Und an der Spitze der schwarzen Front steht der Reichsverband der deutschen Industrie, der Mitte Dezember eine Denkschrift herausgegeben hat, in der er der Reichsregierung Vorschriften darüber macht, wie sie Finanz- und Wirtschaftspolitik zu treiben hat. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Reichsregierung, sondern auch für alle Länderregierungen und auch für die preußische Regierung, die sich in ihrem ganzen Gebaren, in ihrer ganzen Finanz- und Wirtschaftspolitik streng an diese Anweisungen hält. Diese Gesellschaft, die sich dort im Reichsverband der deutschen Industrie zusammenfindet, spricht am Anfang ihrer Denkschrift einen originellen Satz aus; sie sagt über die Ursachen der Krise folgendes:

Die Schäden des Krieges und der Nachkriegszeit haben die Grundlagen unserer Wirtschaft zerstört.

Die Schäden des Krieges?! Ich denke, für die Industrie, also gerade für die Herren, die hinter der Denkschrift stehen, war der Krieg ein sehr lukratives Geschäft; sie haben doch im Kriege Bombengeschäfte als Heereslieferanten gemacht. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Und letzten Endes: Wer hat denn den

Krieg hervorgerufen? Etwa die Arbeiter? Es waren die imperialistischen, die kapitalistischen Vertreter der Großindustrie, der Schwerindustrie, des Bankkapitals; diese sind es gewesen, die die Treibereien unternommen haben, aus denen der Krieg hervorgegangen ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Also diesen Satz umgesetzt in die Wirklichkeit: Dieses Chaos, das wir haben, ist aus den Schäden hervorgegangen, die die Schwerindustrie und das Bankkapital angerichtet haben. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Das ist die proletarische Übersetzung dieses Satzes.

Was nun in der genannten Denkschrift über die Ursachen dieser Krise, über die übermäßige Steuerbelastung, über die zu starke Einfuhr und über die sozialen Aufwendungen gesagt wird, das alles läßt erkennen, worauf die Schwerindustrie mit ihrer Denkschrift hinaus will. Aus den Anweisungen, die sie der Regierung für ihre Regierungspolitik gibt, geht auch mit aller unverschämten Deutlichkeit hervor, daß sie zunächst verlangt, die Regierungen sollen ihre Haushaltsausgaben mindestens um 20 Prozent herabsetzen. An anderer Stelle wird gesagt, daß größte Sparsamkeit für soziale Aufwendungen und für die Gehaltszahlungen an die Beamten erforderlich sei. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Wenn also die Haushaltsausgaben eingeschränkt werden sollen, so bedeutet das, daß diese Ersparnis nur auf Kosten der werktätigen Massen und der staatlichen Angestellten und Beamten erzielt werden soll. Ferner sagt die Denkschrift natürlich auch: höchste Sparsamkeit. Es ist wirklich — meine Herren, verzeihen Sie den Ausdruck — zum Kotzen, wenn man hört, wie fortwährend vom Sparen geredet wird. Wem erzählen Sie denn das? Sparen Sie etwa? Sparen Sie an den Ausgaben, die Sie zur Aufrechterhaltung Ihrer Gewaltherrschaft machen? Nein, im Gegenteil, von Jahr zu Jahr bewilligen Sie mehr Mittel dafür. Also Ihr Reden vom Sparen ist doch nur dazu da, um Dumme zu fangen.

Nun, der Reichsverband der deutschen Industrie will noch mehr; er wird noch deutlicher. Gespart soll werden, aber die Schwerindustrie will weniger Steuern zahlen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Einschränkung der Steuerlast für die Wirtschaft

— das bedeutet, daß sie noch mehr als bisher bei der Steuerveranlagung, bei der Steuerleistung, bei der Steuerermäßigung und bei dem Steuererlaß begünstigt sein soll. Das ist der Kern dieser Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Dann verlangt dieser Verband, daß eine Verwaltungsreform zur Vereinfachung der Verwaltung durchgeführt werden soll. Ja, wo die Möglichkeit dazu besteht, ist das durchaus angebracht, aber dort, wo es angebracht ist, verlangt es die Schwerindustrie nicht, nämlich bei der oberen Bürokratie, bei der Geheimratswirtschaft und all diesem Apparat, den der Imperialismus besonders ausbaut, um seine Geschäfte durch die Regierung noch besser als bisher betreiben zu lassen. Da wünscht man keinen Abbau. Die unteren Beamten sollen die Leidtragenden dieser sogenannten Vereinfachung der Verwaltung sein.

Ein Vorschlag, der ganz kraß zeigt, daß die Schwerindustrie vor nichts mehr zurückschreckt, ist die Anweisung an die Regierung auf Einschränkung der Sondergerichtsbarkeit für Gewerbe und Handel, also der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die gesetzlichen Forderungen der Arbeiter sollen nur vor den ordentlichen Gerichten — also dort, wo die Vertretung nur durch Rechtsanwälte erfolgen kann — entschieden werden. Nur vor solchen Gerichten sollen die Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern und Handelsherren durchsetzen können. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sind ein Dorn im Auge der Kapitalisten. Diesen möchten sie ziehen, damit sie nicht mehr von den Arbeitern und den Angestellten belangt werden können, das zu leisten, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind.

Abbau der sozialen Abgaben ist ein Ideal für die Schwerindustrie. Sie erklärt in ihrer Denkschrift, daß durch die sozialen Abgaben die Wirtschaft zu sehr belastet sei. Herr von der Osten, der gestern hier sprach — ich habe ihn nicht selbst gehört, habe es mir aber sagen lassen —, hat es in gleicher Weise ausgedrückt, daß man, statt den Erwerbslosen höhere Unterstützung zu geben, lieber der Wirtschaft Kredit geben sollte, damit sie produzieren könne. („Sehr richtig!“ bei der DNVP.) — Sie sagen „Sehr richtig“. Aber die Unternehmer benutzen nicht etwa die Staatskredite, um Produkte herzustellen, die gesellschaftlich nötig sind, sondern

sie gehen danach, was ihnen den höchsten Profit einbringt. Das ist nicht immer das, wobei die meisten Arbeiter beschäftigt werden. Kredite an die wirtschaftlichen Unternehmungen ohne die Kontrolle der Arbeiter, wozu sie verwendet werden, ist nichts weiter als Bereicherungsmöglichkeit für die Kapitalisten. Bereicherung der Kapitalisten, aber Abbau der Erwerbslosenunterstützung, das ist das Ideal der Schwerindustrie!

Dann Lohn und Arbeitszeit! Bei dieser ganzen Einstellung der Schwerindustrie darf es nicht verwundern, daß sie von der Regierung verlangt, der Staat solle überhaupt nicht mehr in die Festsetzung der Arbeitszeit hineinreden. Der achtstündige Arbeitstag soll beseitigt werden. Durch die Herabminderung des Lohnes, durch die Erwerbslosigkeit will die Schwerindustrie die Arbeiter zwingen, wieder 10, 11, 12 Stunden am Tage zu arbeiten.

Genauso ist es auch beim Lohnabbau. Nicht allein, daß die Lebensmittelpreise und die Mieten steigen, beim Unternehmertum herrscht die Tendenz, die Einkommen der Arbeiter zu schmälern, nicht nur durch die Arbeitslosigkeit, sondern auch durch Kürzung der Löhne.

Dann spricht die Denkschrift von der Rationalisierung der Wirtschaft. Sie wird hier absichtlich mit verschleierten Ausdrücken der Öffentlichkeit vorgetragen. Es heißt:

Wir verstehen unter Rationalisierung die vernunftgemäße Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel, um die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit möglichst zu steigern. Es muß das Bestreben aller an der Gütererzeugung Beteiligten sein, durch Anwendung dieser Mittel die Erzeugung zu verbessern, zu vermehren und zu verbilligen.

Das klingt durchaus einleuchtend. Jeder könnte sagen: Jawohl, das ist ein gutes Prinzip. Aber was steckt hinter dieser Rationalisierung? Es steckt nichts anderes dahinter als das Bestreben, die Arbeiterschaft aufs höchste auszubeuten; durch eine Spezialisierung, durch das Taylorsystem, durch das Fordsystem die Arbeiter so zur Maschine zu machen, daß sie durch die Maschine zwangsweise getrieben werden, in jeder Sekunde der Arbeitszeit die höchste Kraftleistung zu vollbringen, wenn sie nicht von

der Maschine überrannt werden sollen. Das ist die Rationalisierung: höchste Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft und nicht die Rationalisierung der Wirtschaft durch Verbesserung des Produktionsapparates. Gerade die deutsche Wirtschaftsindustrie ist deshalb so konkurrenzunfähig, weil die deutschen Unternehmer ihr Kapital nicht etwa zur Verbesserung des Produktionsapparates verwenden, sondern die Möglichkeit der Profitsteigerung nur darin sehen, die Arbeiter möglichst lange und möglichst intensiv auszubeuten.

Die kapitalistische Rationalisierung in Gestalt der Kapitalkonzerne, der Trustbildungen, ist nichts anderes als die Steigerung der Kapitalmacht zur Ausbeutung der Arbeiter, der Konsumenten. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist die stärkste Macht in der schwarzen Front. Um die Arbeiterschaft niederzuzwingen, erfolgt die Stilllegung der Betriebe. Sie erfolgt nicht etwa immer deshalb, weil keine Aufträge da sind, sondern um einen Druck auf die Arbeiter und die Regierungen auszuüben: auf die Arbeiter, um sie zu zwingen, zu geringeren Löhnen zu arbeiten, auf die Regierungen, um sie zur Einräumung von Staatskrediten zu zwingen. Deshalb ist gegenüber dieser stärksten Macht innerhalb der schwarzen Front der kräftigste Gegenstoß der roten Klassenfront vonnöten.

Wir Kommunisten stellen für diesen Kampf die Forderung auf, daß alle stillgelegten Betriebe sofort vom Staate entschädigungslos enteignet und in die Staatsindustrie übergeführt werden und daß die ganze Produktion zwangsweise nach bestimmtem Plan unter der Kontrolle der Arbeiterschaft geregelt wird. Wir fordern insbesondere für die Erwerbslosen eine Erhöhung ihrer Unterstützung, weil diese so gering ist, daß nicht einmal die zur Existenz allernotwendigsten Lebensmittel beschafft werden können. Da die Arbeitslosen nicht nur 1 oder 2 Wochen, sondern oftmals 1 oder 2 Jahre arbeitslos sind, so bedeutet diese minimale Unterstützung eine ungeheure Pauperisierung der deutschen werktätigen Massen.

Dabei ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Schwerindustrie es ablehnt, die Mittel zur Zahlung der Unterstützungen aufzubringen, und daß deshalb die Regierungen alle Anstrengungen machen, die Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen von den

Werkträgigen selber aufbringen zu lassen. Vom 1. Februar ab sollen von jedem Grundlohn des Arbeiters 3 Prozent zur Aufbringung der Erwerbslosenunterstützung abgezogen werden — ganz abgesehen von den Lohnabzügen für die Steuereinkünfte des Staates und für die Sozialversicherungen. Alles wird den werktätigen Massen aufgebürdet. Vor jeder dieser sozialen Pflichten sucht sich das Unternehmertum zu drücken. Aber nicht genug, daß nur das Unternehmertum sich zu drücken versucht — auch die Regierungsbeamten greifen dort ein, wo einsichtige Gemeindeparlamente unter dem Druck der Last der Erwerbslosigkeit bereit sind, die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen.

Da ist es ein besonderer Skandal, wenn Regierungsbeamte, die aus den Kreisen des Proletariats hervorgegangen sind, solches Unverständnis für die Notlage zeigen, wie der Regierungspräsident von Merseburg, der Sozialdemokrat Grützner. Er hat es in Anbetracht der wachsenden Erwerbslosigkeit für angebracht gehalten, an die Gemeindevorsteher eine Anweisung ergehen zu lassen, wonach Gemeindebeschlüsse zu beanstanden sind, die irgendwelche Zusatzleistungen von Kommunalverbänden an Erwerbslose bewilligen. („Hört! Hört!“ und Zurufe bei den Kommunisten: „Das ist ungesetzlich!“) — Das ist richtig; das ist aber nicht nur ungesetzlich; die Gemeinden haben das Recht, Zusatzleistungen zu zahlen. Zur Entschuldigung für diese Einsichtslosigkeit führt der „Vorwärts“ an, daß Grützner doch nur pflichtgemäß auf vorliegende Bestimmungen aufmerksam gemacht habe. Ich betone, daß dieser Einspruch auf diesem Wege nicht zulässig ist und daß, wenn solche Beanstandungen ergangen sind, dagegen von unserer Seite und von den Werkträgigen energisch Einspruch erhoben werden muß. Wenn diese erbärmlich niedrige Erwerbslosenunterstützung schon einmal durch einen Zuschlag etwas erhöht wird, dann sollte gerade ein Sozialdemokrat froh sein, daß eine Gemeindeversammlung in der Lage ist, so viel Einsicht in die soziale Not der werktätigen Massen aufzubringen.

Ferner fordern wir, daß den Betriebsräten das Recht eingeräumt wird, bei allen Entlassungen, Stilllegungen usw. Einspruch zu erheben. Wir verlangen die Beschaffung von Notstandsarbeiten. Wir verlangen, daß jeder Unternehmer bestraft wird, der die Arbeiter zwingt, länger als 8 Stunden zu arbeiten.

Alle diese Forderungen werden aber nur dann verwirklicht werden können, wenn es unserer kommunistischen Werbearbeit gelingt, innerhalb der werktätigen Massen — insbesondere der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft — den großen roten Linksblock zu schaffen, um aus diesem Linksblock die Kraft zu schöpfen zu einem Vorgehen mit schärfsten Mitteln des wirtschaftlichen Kampfes gegen die Absichten des Unternehmertums.

In der schwarzen Front stehen neben diesem Reichsverband der Industrie die Reichsregierung wie die Landesregierungen. Die jetzige Reichsregierung, die gestern mit Ach und Krach vom Reichstage ein Vertrauensvotum bekommen hat, ist auf Anweisung des Herrn Hindenburg gebildet worden; man kann sie deshalb wohl mit Recht als die Hindenburg-Regierung bezeichnen. Herr Hindenburg sagte zu Herrn Luther und den Parteiführern:

Meine Herren, ich habe Sie zu mir gebeten, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß und daß, wenn dieser Versuch scheitern sollte, versucht werden müßte, auf anderem Wege eine Regierung zu schaffen.

Die Parteien, denen dieser Hindenburg-Befehl gegeben wurde, haben sofort apporziert, sie haben sich bereit gefunden, nunmehr die Regierung zu bilden. Die Antrittsreden, die diese Regierung im Reichstage gehalten hat, bewegten sich durchweg im Rahmen der Anweisungen, die ihr vom Reichsverband der Schwerindustrie gegeben worden sind. Die Sozialdemokraten haben sich im Reichstage darüber beklagt, daß das Programm eigentlich sehr inhaltlos gewesen sei. Wir verstehen diese Beschwerden nicht recht; wir denken, daß diese Regierungserklärung wie überhaupt die ganze Zusammensetzung der Regierung sehr inhaltvoll ist, daß es für jeden und infolgedessen auch für Sozialdemokraten erkenntlich sein sollte, daß eine solche Regierung — auf ein solches Kommando hin zustande gekommen und so zusammengesetzt — ein Programm für sich und jeder Minister noch ein Spezialprogramm für das Ressort ist, welches er vertritt. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Wir denken, daß so klar wie nur je aus dieser Zusammensetzung der Regierung hervorgeht, daß sie den schärfsten Kampf gegen die werktätigen Massen führen

und ein getreuer Lakai der Schwerindustrie, des Bankkapitals sein wird.

Ein Wort zu der Regierungskrise, die sowohl im Reiche wie in allen Ländern chronisch ist, die auch im Reiche nicht durch die 10 Stimmen behoben wurde, mit denen gestern das Vertrauensvotum eine Mehrheit bekommen hat. Es ist ganz klar, daß die Ursachen dieser dauernden Regierungskrisen in den Interessengegensätzen der verschiedenen Kapitalsgruppen zu suchen sind. Es ist der Gegensatz, der in dem imperialistischen Streben des Bankkapitals liegt, gegenüber den Interessen, die von der Schwerindustrie und dem Großagrariertum vertreten werden. Es ist der Kampf um die besondere Berücksichtigung ihrer Spezialinteressen, der Kampf um den größeren Einfluß innerhalb der Regierung. Und das Zentrum spielt dabei gewissermaßen die Rolle eines Menschen, der auf einer Wippe steht, der bald mit dem einen Bein, bald mit dem anderen Bein drückt, damit das Gleichgewicht von rechts und links hergestellt wird. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten und Heiterkeit.) Das Zentrum umfaßt alle diese Interessen. Sie haben einen Grundsatz, das ist die Vertretung Ihrer klerikalen, religiösen Interessen. Aber in bezug auf die Wirtschaftspolitik ist die Zentrumspartei eine durchaus grundsatzlose Partei. Sie muß es sein, weil sie „jedem helfen will“. Das Zentrum spielt bei diesen fortgesetzten Regierungskrisen eine ziemlich einflußreiche Rolle. Wie hier in Preußen bei der Regierungskrise des vorigen Jahres das Zentrum versuchte, sich aus dem Einfluß der Sozialdemokratie etwas zu befreien, indem es die Volkspartei wieder heranzuziehen versuchte, um auf der rechten Seite vom Zentrum ein Gegengewicht zu schaffen, so hat das Zentrum selbstverständlich auch im Reiche versucht, sich nunmehr von dem Einfluß der Volkspartei dadurch zu befreien, daß es versuchte, die Sozialdemokratie in die Koalition hineinzuziehen. Die Sozialdemokratie hat dabei eine ziemlich traurige Rolle gespielt, und zwar deshalb eine traurige Rolle, weil jedermann sah, wie die Tränen den sozialdemokratischen Führern über die Backen gelaufen sind, als sie dem Herrn Luther erklären mußten: Wir können nicht in die Regierung eintreten. Nun, sie haben das nicht etwa aus Abneigung gegen die Deutsche Volkspartei getan; wir wissen, wie sich die Sozialdemokratie hier bemüht hat,

die Volkspartei in die Regierung hineinzubekommen. Hier im Landtage also die Liebe der Sozialdemokraten für die Deutsche Volkspartei und im Reichstage die Liebe der Deutschen Volkspartei für die Sozialdemokraten. Sie können aber nirgends zusammenkommen; die Gegensätze sind zwar nicht groß, aber hinter diesen Regierungskrisen steht ein Faktor, der von der Sozialdemokratie sehr beachtet werden muß: die wachsende Erkenntnis der werktätigen Massen, daß keine Koalitionsregierung ihnen auch nur einen Pfifferling nützt („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), daß im Gegenteil dort, wo die Sozialdemokratie in der Regierung sitzt, die Interessen der Werktätigen oft noch schändlicher behandelt werden als in einer bürgerlichen Regierung.

Sie wissen, welche Schandtaten der Rat der Volksbeauftragten, der nur aus Sozialdemokraten bestand, 1918 und 1919 am Proletariat verübt hat („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.), Sie (Zu den Sozialdemokraten.) kennen die Arbeit Ihrer Held-Regierung in Sachsen, die dort in der Praxis entgegen dem Willen Ihrer Parteigenossen gehandelt hat, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als der Ausschuß der sächsischen Schwerindustrie. Wir werden nicht lockerlassen, die sozialdemokratischen Arbeiter darüber aufzuklären, wes Geistes Kinder die Herren vom Schlage Gehrman sind. Gerade dieser Einfluß, diese Erkenntnis der werktätigen Massen, hat die Sozialdemokraten veranlaßt, nicht in die Koalitionsregierung einzutreten. Dieser Faktor ist aber noch nicht stark genug, um sie auch zu hindern, diese Luther-Regierung — in die sie nicht hineingehen wollen — zu unterstützen, damit diese Regierung am Leben bleibt. Die Abstimmung, die gestern im Reichstage stattgefunden hat, ist eine Ironie auf das Verhalten der Sozialdemokraten bei der Regierungsbildung. Wenn die Sozialdemokratie die neue Regierung für unerträglich hält und glaubt, in sie nicht hineingehen zu können, dann durfte sie ihr durch ihre Stimmenthaltung auch nicht die Möglichkeit geben, sich eine Mehrheit von 10 Stimmen, die noch nicht einmal ein Drittel des gesamten Reichstages ausmacht, zu verschaffen. In diesem Verhalten der Sozialdemokratie liegt der ganze Widerspruch ihrer Politik. Sie möchte mit den Arbeitern gehen, möchte aber auch der Reaktion dienen, und bei diesem „möchte“ kommt

heraus, daß sie nur der Reaktion dient. Es ist ganz klar, daß sich dieser Widerspruch in der sozialdemokratischen Politik auch in anderen Ländern zeigt.

Ich will dafür nur zwei Fälle aus der internationalen Sozialdemokratie heranziehen. In Polen behandelt die polnische Regierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen, die werktätigen Massen genauso niederträchtig und gemein durch Belastung mit Steuerdruck sowie in bezug auf Arbeitszeit und Lohn. Die Sozialdemokraten haben auf ihrem letzten Parteitag im Januar der Regierung angedroht, sie würden, wenn die Regierung ihrer Forderung gegen die Herabsetzung der Beamtengehälter, auf besseren Arbeitsschutz und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung nicht nachkäme, genötigt sein, aus der Regierung auszutreten. Die sozialdemokratische Fraktion wurde ersucht, ihre Forderungen nochmals ultimativ an die Regierung zu richten und — wenn sie von den anderen Koalitionsparteien wieder abgelehnt werden sollten — ihre Vertreter aus dem Kabinett zurückzuziehen. Das hätte aber nur einen Sinn, wenn die Vertreter der Schwerindustrie, der Großagrarien irgendwelchen Respekt vor Drohungen der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion hätten. Diese fällt aber immer um, wenn es ernst wird.

Genau denselben Widerspruch zeigt der Beschluß des sozialistischen Kongresses in Frankreich. Dort handelt es sich darum, ob die Sozialdemokraten in die Regierung eintreten sollen. Auch dieser Kongreß lehnte einen Eintritt in ein radikales Kabinett ab — entgegen dem ersten Willen der koalitionslüsternen sozialdemokratischen Führer.

Wir haben im Preußischen Landtag dasselbe Schauspiel. Der Ministerpräsident ist Sozialdemokrat, er hat sich interviewen lassen von Dombrowski, dem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, und hat seiner warmen Liebe für die Koalitionsregierung Ausdruck gegeben. Er hat gesagt, daß er von Bedingungen und Programmen überhaupt nichts halte. Herr Braun weiß, wie es um die Bedingungen aussieht, die die Sozialdemokraten immer stellen, und sagt, um sich nicht zu blamieren: Es ist besser, man stellt erst gar keine. Auf dieses Interview möchte ich mit den Worten eines sozialdemokratischen Blattes, der „Volkszeitung für das Vogtland“ antworten, die schreibt:

Die Stimme Otto Brauns war nicht die einzige aus unserer Partei, die die Große Koalition wünschte. Aber keiner der Befürworter, selbst Noske nicht, hätte sich eine so eigenartige Theorie zusammengebraut wie Otto Braun. Daß ein Mann vom Range Otto Brauns sich zu solchem — man verzeihe den Ausdruck — faden Geschwätz herbeiläßt, mag man bedauern.

Es ist allerdings kein „fades Geschwätz“, was Herr Braun gemacht hat, aber ein sozialdemokratisches Arbeiterblatt muß das so empfinden. Im Grunde genommen steckt hinter diesem „Geschwätz“ nichts anderes als die Anbiederung an die Rechtsparteien, mit ihnen gemeinsam eine Regierung zu bilden, die in der Lage ist, dem Ansturm der roten Front standzuhalten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokratie hat im Reichstage Bedingungen gestellt, auf die im einzelnen einzugehen mir meine Redezeit leider nicht erlaubt. Aber wir wären froh, wenn die Sozialdemokratie diese Bedingungen hier in Preußen, wo sie in der Regierung ist, praktizieren würde. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Ja, eine Reihe von Forderungen sind hier nicht zu praktizieren; aber eine Anzahl Forderungen wäre doch hier durchzuführen oder könnte wenigstens Herrn Braun als Anweisung mitgegeben werden, wenn er zum Reichsrat^[25] geht, um dort die Reichspolitik zu beeinflussen. Aber da vergißt man natürlich diese Bedingungen.

Hinter der Tatsache, daß die Sozialdemokraten diesmal nicht in die Reichsregierung hineingegangen sind, verbirgt sich nach unserer Meinung die in den sozialdemokratischen Mitglieder-massen wachsende Erkenntnis, daß nun endlich mit dieser Koalitionspolitik Schluß gemacht werden muß. Ob die Kraft der sozialdemokratischen Arbeiter ausreichen wird, das endgültig durchzusetzen, sei dahingestellt. Wir werden uns die größte Mühe geben, diesen Willen bei den sozialdemokratischen Arbeitern zu stärken.

Nun, Genossen — verehrte Anwesende — (Große Heiterkeit.) — Ja, ich bin gewohnt, in Volksversammlungen zu reden. (Heiterkeit und Zurufe: „Das merkt man!“) Es ist mir ein Greuel, vor Ihnen reden zu müssen. (Heiterkeit.) Aber immerhin hören

schließlich durch diese dicken Wände auch die Arbeiter draußen noch etwas.

Auf eins möchte ich hier noch hinweisen. Bei der Locarno-debatte haben die Sozialdemokraten erklärt: Wir werden den Deutschnationalen nicht gestatten, sich der Abstimmung über Locarno zu entziehen, wir werden uns der Stimme enthalten und so unter Umständen eine Minderheit für den Locarnovertrag zustande bringen, um dann zur Auflösung des Reichstages zu kommen. Wie hat die Sozialdemokratie in jenen Wochen von der Auflösung des Reichstages geschrien! Sie half aber den Deutschnationalen aus der Verlegenheit, sie stimmte für Locarno und ermöglichte den Deutschnationalen ihr demagogisches Manöver, Locarno herbeigeführt zu haben, aber schließlich doch sagen zu können: Wir haben nicht für den Vertrag gestimmt. Genauso hat die Sozialdemokratie auch jetzt wieder den Deutschnationalen aus der Verlegenheit geholfen. Daß die Deutschnationalen in Verlegenheit waren, beweist eine Äußerung der „Deutschen Tageszeitung“. Gestern abend hatten die Deutschnationalen die Hosen voll; es bestand die Gefahr, der Reichstag könnte aufgelöst werden; Hindenburg und Luther taten so, als wollten sie, und es stand auf des Messers Schneide, ob diese Kraftmeierei Wirklichkeit werden sollte. Die Deutschnationalen haben gezittert. Sie schrieben gestern morgen in ihrer „Deutschen Tageszeitung“:

Vor allem aber: Eine Regierung, die auch nur noch irgendeinen Rest von Verantwortungsgefühl besitzt, kann nicht eine Reichstagsauflösung bei einer Wirtschaftslage herbeiführen, die durch das Vorhandensein von bald 2 Millionen Arbeitslosen gekennzeichnet ist, noch vor Abschluß des Wahlkampfes vielleicht mit einer weiteren Million Erwerbsloser belastet sein kann, die nicht nur in einer Stimmung steigender Verzweiflung eine wehrlose Beute für die skrupelloseste Agitation darstellen, sondern auch den sozialistischen Parteien in beliebiger Masse kostenlose Wahlhelfer und Wahlschlepper zuführen würden.

Das zeigt die Angst der Deutschnationalen. Die Sozialdemokraten wußten das auch. Sie, die im vorigen Herbst so sehr nach der Reichstagsauflösung geschrien hatten, halfen jetzt der Regierung und den Deutschnationalen um diese Schwierigkeit her-

um. Und in der Tat, die Sozialdemokraten haben hier tatsächlich zu Boden geschlagen, was sie durch ihr Einverständnis — gemeinsam den Kampf gegen die Fürstenforderungen zu führen — aufgerichtet, an Hoffnungen bei der Arbeiterschaft erweckt haben. Jetzt in der Tat, meine Herren Deutschnationalen, würde ein Reichstagswahlkampf Ihren Einfluß im Reichstage auf ein Minimum vermindert haben, und es wäre dann wahrscheinlich auch im Reichstagswahlkampf unter seinen Begleiterscheinungen eine Tatsache geschaffen worden, die vielleicht über die Parlamentswahlen hinausgegangen wäre.

Die Deutschnationalen zeigen sich den Sozialdemokraten für soviel Liebesdienste erkenntlich. Schmerzerfüllt teilt die „Germania“ mit, daß in der Bezirksversammlung von Berlin-Mitte die Deutschnationalen dem bekannten früheren Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann zur Mehrheit verholfen haben, als es galt, für die Schuldeputation einen Mann zu wählen. Die „Germania“ schluchzt:

Dies ist nur durch das Verhalten der Deutschnationalen möglich geworden, die sich doch sonst immer als Hüter der christlichen Volksschule ausgeben.

Die Deutschnationalen machen kleine Geschenke für große Gaben, die ihnen von den Sozialdemokraten gebracht werden.

In dieser schwarzen Front steht neben dem Reichsverband der deutschen Industrie und der Reichsregierung natürlich auch in treuer Gemeinschaft die preußische Regierung. Ihre ganze Tätigkeit ist nur auf die Ausführung der Anweisungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie gerichtet. Deshalb erfreut sie sich auch einer so langen Dauer, weil die Schwerindustrie durchaus einverstanden ist mit dieser Arbeit, die sie für ihre Interessen leistet. Der Etat, den die Regierung vorlegt, beweist das außerdem zur Genüge. Mein Parteifreund Schwenk wird darauf noch näher eingehen, so daß ich mir eine Spezialisierung ersparen kann. Charakterisiert wird dieser Etat durch Massenbelastung in Gestalt dieser niederträchtigen Hauszinssteuer, durch den Abbau der Sozialfürsorge, durch den mangelnden Wohnungsbau, der noch unzureichender ist, als er selbst durch den Minister Hirt-siefer gefordert wurde. 100 000 Wohnungen sind nach seiner

Meinung für das nächste Jahr notwendig, 40 000 nur will die Regierung bauen lassen.

In einem anderen preußischen „Institut für Interessenvertretung der bürgerlichen Parteien“, im Staatsrat¹, zeigt sich dieselbe Absicht. Dort ist ein von einem Dr. Kaiser ausgearbeitetes Gutachten zu dem vorliegenden Etat angenommen worden, das verdiente, eingehend behandelt zu werden. Es zeigt, mit welcher Unverschämtheit der Staatsrat versucht, selbst diesen erbärmlichen Etat noch mehr zuungunsten der werktätigen Massen zu verschlechtern. In krasser Weise wird dort zum Ausdruck gebracht, daß man versuchen soll, durch weiteren Abbau von Beamten — natürlich unteren Beamten — den Apparat einzuschränken, daß die Beamten, Angestellten und Lehrer vorübergehend zu größerer Arbeitszeit und Leistung gezwungen werden sollen und daß es ferner notwendig sei, einen Teil der Aufträge, die jetzt in Staatsregie ausgeführt werden, auf die Privatindustrie zu überführen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Herr Schulze-Pelkum, ein echter Deutschnationaler, hat im Staatsrat eine Rede gehalten, die die schwärzeste Reaktion gegenüber den Interessen der werktätigen Massen darstellt. Auch er ist der Meinung, daß — wie es Herr von der Osten eigentlich auch will — in Preußen und im Reiche Erste Kammern mit allen Vollmachten eingerichtet werden müßten, um das zu verhindern, was schließlich noch in diesem Parlament für die Arbeiter getan wird.

Wie die preußische Regierung sich an diese Anweisung hält, zeigt auch die Entlassung von 21 Malergehilfen der staatlichen Porzellanmanufaktur. Wir haben einen Antrag gegen die Entlassung dieser Malergehilfen eingebracht, die natürlich auf Monate hinaus keine Arbeit finden können. Sie werden in das Arbeitslosenheer eingereiht, nur um der Anweisung Rechnung zu tragen, die Industrie und Staatsrat der Regierung erteilt haben.

Außerdem verlangt der Staatsrat noch weitere reaktionäre Maßnahmen. Es heißt im Gutachten, daß die gegenwärtige Lage noch weitere Maßnahmen vorübergehender Art verlange, selbst

¹ Der Staatsrat war eine dem Reichsrat entsprechende Institution für Preußen. Er wurde vom Preußischen Landtag und von der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Siehe Anmerkung 25 am Schluß des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

wenn sie dazu führen sollten, daß auf ein oder einige Jahre diese oder jene an sich durchaus notwendige Einrichtung öffentlichen Charakters teilweise oder ganz stillgelegt werden müßte. Eine solche, allerdings nicht notwendige Einrichtung, die stillgelegt werden müßte, ist der Staatsrat. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wir haben immer wieder Anträge gestellt, diese ganz überflüssige Einrichtung des Staatsrates aufzuheben, die nach den Worten des Ministers nur die Arbeit des Landtages durch Verzögerung erschwert. Die Kosten für den Staatsrat von 352 000 Mark könnten eine erhebliche Ersparnis sein, von der Sie auf der Rechten sooft reden.

Zu der Etatrede des Finanzministers könnte noch vieles gesagt werden. Ich will nur erwähnen, daß er so ziemlich alles ignoriert hat, was im Lande um ihn herum vorgeht. Vielleicht wird der Ministerpräsident sich noch um diese Seite der Regierungstätigkeit bemühen. Aber wir sind überzeugt: Auch aus seinem Munde werden wir nichts als Redensarten zu hören bekommen.

Im Etat könnte sehr viel gespart werden. Wir geben aus: 60 000 Mark für die Gesandtschaft in München; über 315 Millionen Mark für das Justizministerium und über 386 Millionen Mark für die Polizei und Landjägerei. Da könnte wesentlich herabgesetzt werden. So könnte man Mittel für die soziale Fürsorge und für den Wohnungsbau schaffen. Man könnte auch die Mittel schaffen, um die Hauszinssteuer abbauen zu können, nicht etwa um den Hausbesitzern damit ein Geschenk zu machen, sondern unter gleichzeitigem zwangsweisen Abbau der Mieten um denselben Betrag. Das wäre allerdings eine Fürsorge für die werktätigen Massen. Dazu wird weder diese Regierung noch jede andere bürgerliche Regierung bereit sein. Deshalb lehnen wir jeder dieser Regierungen den Etat ab, wie wir auch den schärfsten Kampf gegen diese Regierungen führen.

Die bürgerlichen Parteien haben sich sehr darum bemüht, Programme aufzustellen, und in den Zeitungen veröffentlicht, welche schönen Sachen sie durchführen wollen. Aber bei all diesen Programmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten bleibt nichts übrig als Redensarten für die Werktätigen und positive Vergünstigungen für die besitzenden Klassen.

Der reaktionäre Charakter der Regierung tritt noch krasser hervor, wenn man sieht, wie die preußische Regierung bereit ist, den weggelaufenen Hohenzollern ungeheure Vermögen an den Hals zu werfen. Der Vergleichsplan, der von der Regierung ausgeheckt worden ist, ist allerdings dem Landtage noch nicht übermittelt worden. Im Rechtsausschuß des Reichstages hat der Finanzminister einige Andeutungen aus dem Vergleichsplan gemacht, aber für den Landtag hält er es nicht für angebracht, weder in seiner Etatrede noch schriftlich eine Mitteilung über den Vergleichsplan zu machen. Gegenüber den Angaben, die von dem Finanzminister im Rechtsausschuß des Reichstages gemacht worden sind, haben wir die stärksten Bedenken. Wenn dort gesagt worden ist, daß den Hohenzollern nach dem Vergleichsplan als Abfindung 184 Millionen Mark gegeben werden sollen, so stimmen diese Zahlen nicht, weil sie auf Berechnungen basieren, die für die heutige Zeit nicht mehr maßgebend sind. Wir sind der Meinung, daß auf Grund des Vergleichsplans den Hohenzollern Vermögenswerte von 600 Millionen Mark überantwortet werden würden. Wir werden dafür sorgen, daß es den werktätigen Massen gelingen wird, auf dem Wege des Volksentscheids diese Bereicherung der Fürsten zu verhindern, dieser Verschleuderung des Staatsgutes entgegenzutreten.

Die Fürsten wollen doch damit nichts anderes als die Restauration der alten Monarchie. Sie wissen: Wer Vermögensbesitz hat, hat Macht. Deshalb wollen sie durch den Vermögensbesitz sich Machtpositionen in die Hand bringen und von da aus die monarchistische Restauration betreiben. Wenn sie sich auf Rechtsansprüche berufen, so sind diese Rechtsansprüche — von denen sich auch die Deutschnationalen leiten lassen — sehr minderwertiger Qualität. Die Hohenzollern haben nicht anders als auf dem Wege des Raubs, des Betrugs und Blutgelds das Vermögen zusammengescharrt, das sie jetzt in Anspruch nehmen. Sie selber, Sie, das Bürgertum, haben es in der Französischen Revolution besser verstanden, Fürsten abzufinden; das heißt, das Bürgertum hat die Fürsten damit abgefunden, daß es ihnen ihre Köpfe vor die Füße gelegt hat. Wir Kommunisten halten das gar nicht für nötig, aber wir sind der Meinung, daß man den Fürsten jede Möglichkeit verbauen muß, irgendwelche Macht im Lande wie-

derzuerlangen. Das wird nur möglich sein, auf Grund der Durchführung des Gesetzes, das für das Volksbegehren von den Kommunisten und den Sozialdemokraten eingereicht worden ist.

Ich möchte dabei noch auf einen Umstand hinweisen, der besonders für die Sozialdemokratie wichtig ist, daß nämlich die österreichische Regierung unter dem Einfluß der österreichischen Sozialdemokratie im November 1918 mit den Ansprüchen, die die Fürsten gestellt haben, doch etwas anders aufgeräumt hat. Dort ist generell durch Gesetzesbeschluß jede Möglichkeit von vornherein ausgeschlossen worden, daß die Fürsten überhaupt solche Ansprüche zu stellen wagen. In Deutschland allerdings hat es die Sozialdemokratie den Fürsten geradezu in die Hand gelegt, Rechtsansprüche zu erheben. Es waren doch Sozialdemokraten, die sich zuerst auf den Weg der rechtlichen Abfindung mit den Fürsten begeben haben, und wenn sie heute die entschädigungslose Enteignung fordern, so ist das immerhin unter dem Druck der Massen als ein Fortschritt zu verzeichnen. Wir werden alles tun, um diese Bewegung, die sich jetzt als Volksbewegung in der Form des Volksbegehrens zu regen beginnt, so zu steigern, daß, wenn der Reichstag dem Begehren nicht Rechnung trägt, auf dem Wege des Volksentscheids diese Frage entschieden wird. Man versucht allerdings bereits, dem vorzubeugen, indem man sagt: Es sei verfassungsmäßig überhaupt nicht zulässig, auf dem Wege des Volksentscheids diese Frage zu klären. Wir sind der Meinung, daß die Verfassung durchaus diese Durchführung des Gesetzes zuläßt, und im übrigen sind wir der Meinung, daß diese Frage gar keine Rechtsfrage, sondern eine reine Machtfrage ist. Wenn das Proletariat in dieser Bewegung die Macht findet, die es braucht, um seine Interessen zu wahren, dann wird es auch über diese „Rechtseinwendungen“ der Rechtsparteien hinweggehen und das durchführen, was hier jetzt die Arbeiter fordern.

Eines, was besonders auch die Situation und die schwarze Front kennzeichnet — ich muß diese Sache leider, da die vorgesehene Zeit herum ist, sehr im Galoppstil erledigen —, ist das immer frecher werdende Auftreten der Monarchisten im Bunde mit den Fememördern; denn daß eine Gemeinschaft besteht zwischen den Jungdos^[26], den Stahlhelmen, aus denen die Fememörder hervorgehen, den monarchistischen Verbänden und den

Rechtsparteien, steht außer Zweifel. Ich möchte da auf die Tatsache hinweisen, daß die Deutsche Volkspartei diese Gemeinschaft mit den Jungdos und den Stahlhelmverbänden ziemlich deutlich dokumentiert hat. In einem Rundschreiben, das sie am 9. Dezember vorigen Jahres herausgegeben hat, versucht die Volkspartei, auf die Jungdo- und Stahlhelmverbände Einfluß zu nehmen, damit diese ihre Stresemannhetze^[27] einstellen möchten. Aber das geschieht nicht nur zu diesem Zwecke, sondern auch zu dem Zwecke, eine ständige enge Verbindung herbeizuführen — wozu in dem Rundschreiben Vorschläge gemacht werden. Es liegt auch auf der Hand, daß die Schwerindustrie, das Bankkapital, diese Garden als Schutzgarden gegen die werktätigen Massen nötig hat. Daher ist es nicht verwunderlich, daß diese Parteien engste Fühlung auch mit denen halten, die in der Durchführung ihrer Zwecke und Ziele nicht davor zurückschrecken, zum Meuchelmord zu greifen.

Daß die Monarchisten immer dreister und frecher werden, dafür hat uns der Hofprediger Vogel aus Potsdam ein Beispiel gegeben. Was soll man dazu sagen, wenn dieser Mann, der nicht von der Kirche, sondern vom Staate bezahlt wird, sich erdreisten kann, auszuführen:

Ehret den König! — Das sagt der Apostel. Müssen nicht viele in Deutschland die Augen niederschlagen bei diesem Wort! Hier hilft kein Ausweichen! Wer nicht königstreu ist, ist ein Lump („Sehr richtig!“ rechts. — Lachen bei den Kommunisten.) und muß beiseite gehen! Das neue Haus, das sich die Deutschen gebaut haben, ist nicht viel wert. In das Haus von Weimar ist der Schwamm gleich mit hineingebaut. Sein Gestank erfüllt dieses Haus. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Also das Haus von Weimar stinkt, und wer nicht königstreu ist, ist ein Lump. Nun, wir müssen es der Regierung überlassen, die die Vertreterin dieses Hauses von Weimar und der Republik ist, ihr Ansehen zu wahren gegenüber dem Manne, der von ihr bezahlt wird und derartiges spricht. Aber wir sagen: Gegenüber diesem Menschen, der das sagt, und gegenüber den Bestrebungen und dem immer frecher werdenden Auftreten der Monarchisten wird die Arbeiterschaft ihre Kraft zu gebrauchen wissen. („Sehr

richtig!" bei den Kommunisten.) Gleichviel, ob in der Kommunistischen Partei oder nicht, in der Sozialdemokratie oder in den Gewerkschaften — die Arbeiterschaft wird durch die Stärkung der roten Front den Monarchisten ein Paroli bieten, daß sie nicht den Versuch wagen sollen, ihr Ziel zu verwirklichen.

Nun befindet sich innerhalb der schwarzen Front die Klassenjustiz. Da möchte ich auf einen unerhörten Fall hinweisen, der sich dieser Tage in Bochum abgespielt hat. Da steht ein Proletarier, namens Margis, vor den Schranken des Gerichts, angeblich wegen Ermordung von zwei Polizeibeamten. Warum steht der Mann vor Gericht? Er hat damals, während der Separatistenkämpfe gegen die Separatisten gekämpft. Er war mit anderen Arbeitern in eine Separatistenversammlung eingedrungen. Bei der Auflösung der Versammlung wurde er von Polizeibeamten verfolgt und mit dem Revolver bedroht, und da hat er sich mit der gleichen Waffe gewehrt. Es waren deutsche und französische Polizeibeamte, die damals bei der Verfolgung derjenigen, die gegen die Separatisten kämpften, zusammengewirkt haben. Das Londoner Abkommen sichert allen, die dort an den Separatistenkämpfen beteiligt waren, Amnestie zu. Diesem Mann aber sichert man die Amnestie nicht zu, sondern man schleppt ihn vor Gericht, um das Todesurteil zu fällen, das man im Februar 1925 in dem Prozeß in Leipzig über ihn nicht zu fällen wagte, weil die Beweise für die Beschuldigungen nicht erbracht werden konnten. Der Haß gegen die revolutionären Kämpfer treibt das Gericht dazu, einen Mann, der damals für die Reichseinheit eingetreten ist, anzuklagen, um ihn wegen Erschießung eines Polizeibeamten, der mit den französischen Polizeibeamten gemeinsam die Separatisten beschützte, zu verurteilen. Das ist die Justiz, die heute nur mit diesem einen Beispiel charakterisiert werden soll, und die zur Folge hat, daß Tausende von Arbeitern in den Gefängnissen sitzen. Wir verlangen Amnestie für alle diejenigen, die wegen Beteiligung an revolutionären Kämpfen noch in Gefängnissen sitzen.

Wie die Klassenjustiz gegenüber denjenigen arbeitet, die der Bourgeoisie angehören, das zeigt der Freispruch in Perlach. Dort hat man die Offiziere trotz Niederschießung von 12 Arbeitern freigesprochen. („Hört! Hört!" bei den Kommunisten.) Es handelt

sich hier offenkundig um einen Mord, und der Freispruch konnte nur dadurch ermöglicht werden, daß man einen Sozialdemokraten, Noske, heranholte, damit er diesen Offizieren bestätigte, daß sie sich auf Grund seines Schießerlasses psychologisch wohl berufen gefühlt haben könnten, diesen Meuchelmord zu begehen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Noske als Entlastungszeuge für die Arbeitermörder — das kennzeichnet auch gewisse Zustände innerhalb der Sozialdemokratie.

Ebenso hat man die Faschisten Ehrhardt und Roßbach freigelassen, die jetzt die Fäden aufzunehmen versuchen, um erneut die Putsch zu organisieren, mit denen man der Monarchie wieder auf die Beine zu helfen hofft.

Gegenüber all diesen Maßnahmen spielt man jetzt mit der Beseitigung des legalen Zustandes. Artikel 48 der Reichsverfassung wird von den bürgerlichen Parteien und von der Regierung studiert, die prüfen, ob nicht schon die Zeit gekommen ist, wo man wieder mit dem Ausnahmezustande die „Befriedung“ Deutschlands herbeiführen kann. Diese „Befriedung“ soll dadurch erreicht werden, daß man versucht, die gegen das Wachsen des Erwerbslosenelends kämpfenden Arbeitermassen mit brutalen Mitteln am Boden zu halten und niederzuschlagen.

In derselben Linie liegen die Bestrebungen auf Abbau der Parlamente, was besonders von den Deutschnationalen gefördert wird — aus Ersparnisgründen natürlich. Nein, meine Herren, Ersparnisgründe sind es nicht. Gerade Herr von der Osten ist es gewesen, der befürwortet hat, daß für den Preußischen Landtag die Stimmzahl für einen Abgeordneten von 50 000 auf 40 000 herabgesetzt wird. Jetzt kommt er dazu und erklärt, man müßte die Zahl hinaufsetzen — vielleicht aus sehr begreiflichen Gründen, die in der jetzigen Position der Deutschnationalen liegen. Wir sind gegen diesen Abbau der Parlamente innerhalb des kapitalistischen Staates. Wir wollen dieses Parlament beseitigen, damit es einem Arbeiterparlament Platz macht, in das die Werk-tätigen aus den Betrieben und die bäuerliche Bevölkerung ihre Vertreter entsenden. Diese sollen über die gesetzlichen Maßnahmen bestimmen. Aber solange der Kapitalismus besteht, werden wir immer dafür zu haben sein, in den Parlamenten den werktätigen Massen eine möglichst breite Vertretung zu schaffen.

Dieselbe reaktionäre Tendenz zeigt sich im Abbau des Reichswahlrechts. Überall formiert sich die schwarze Reaktion, die schwarze Front, zum Vorstoß, zum Abbau der bürgerlichen Demokratie. Die Wünsche nach der Diktatur werden so offenkundig in den Zeitungen der Rechtsparteien bekundet, daß es keines Wortes des Beweises bedarf.

Nicht nur in diesen Tatsachen offenbart sich die schwarze Front, sondern auch im Bestreben nach Wiedererstarken des deutschen Imperialismus. Unter der Gunst der westeuropäischen imperialistischen Mächte zu marschieren, teilzuhaben an der Ausbeutung und Auswucherung der Welt, das ist das Bestreben eines großen Teiles des Handelskapitals, wie es besonders in der Volkspartei seine Vertretung findet.

Andererseits ist auch das Bestreben verständlich, das aus den deutschnationalen Kreisen kommt, die Anschluß nach dem Osten suchen. Wir verstehen durchaus die wirtschaftlichen Bedürfnisse der deutschen Schwerindustrie, die weiß, daß sie im Westen, dort, wo die hochentwickelte Industrie ist, kein Absatzgebiet haben kann. Aber im Osten ist noch ein Feld, um Geschäfte zu machen. Sie verbindet diesen Wunsch nach Geschäftemachen mit der Hoffnung, daß es mit der Macht der Kommunistischen Partei, mit der Sowjetunion allmählich zurückgehen wird, so daß es dort schließlich doch noch auf eine bürgerlich-demokratische Republik hinauskommt. Diese Hoffnungen sind wirklich sehr blöd. Was wir in der Sowjetunion sehen, ist wirtschaftlicher Aufbau und politische Machtverstärkung der herrschenden Kommunistischen Partei, die es versteht, wahrhaft den Interessen der Bauern und der werktätigen Massen Rechnung zu tragen und damit ein enges Bündnis zwischen den Werktätigen und der regierenden Macht zu schaffen, was im kapitalistischen Staat niemals der Fall sein wird.

Die schwarze Front ist natürlich auch international. Sie hat ihre Beziehungen mit dem Ausland, nimmt ihre Weisungen entgegen aus Washington, aus London und bezieht — soweit schließlich der klerikale Teil innerhalb der schwarzen Front in Frage kommt, der seine Einheit mehr auf ideologischem Gebiet zeigt — Anweisungen von Rom. Demgegenüber werden wir Kommunisten uns bemühen, gegenüber der schwarzen Internationale die rote

Internationale zu stärken und gegenüber dem Imperialismus die proletarische Kraft, die proletarische Diktatur, aufzurichten. Alle Versuche, den werktätigen Massen einzureden, daß es auf dem Boden des Kapitalismus möglich sei, die Klassen miteinander zu versöhnen, scheitern schon an den Maßnahmen, die die Kapitalisten zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft treffen müssen. Unversöhnlich ist der Gegensatz zwischen den werktätigen Massen und der Bourgeoisie und darum unvermeidlich notwendig der Klassenkampf. Wir Kommunisten stellen für diesen Klassenkampf das Rettungsprogramm auf, das die proletarischen, werktätigen Massen aus dem Elend herausreißen und sie fähig machen soll, den Abwehrkampf gegen den Kapitalismus siegreich zu führen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Zuruf rechts.) — Ja, ich bin auch werktätig, jedenfalls anders als Sie. Wir werden versuchen, mit den Arbeitern diese breite rote Front aufzurichten, den Kampf gegen Not und Elend zu führen und an die Stelle der heutigen kapitalistischen Regierung die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung zu setzen — also das durchzuführen, was die russischen Arbeiter und Bauern mit Erfolg durchgeführt haben. Sie sind dabei, ihre Macht so zu festigen und auszubauen, um wirklich eine klassenlose Gesellschaft zu schaffen, eine Gesellschaft, wo keine Ausbeutung, keine Bedrückung ist, sondern ein Teilhaben an allen Rechten und Pflichten und an allem, was die menschliche Arbeit und Geisteskultur hervorzubringen in der Lage ist.

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 6. Bd.

Verbrecher im Richterkleid – Werkzeuge gegen die Kommunistische Partei Deutschlands!

*Wir fordern die Justizverbrecher zur Verantwortung
vor der Öffentlichkeit*

*Zur Geschäftsordnung
Preußischer Landtag*

I

1. März 1926

Der in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregende Fall Jürgens¹ soll dem Landtage Anlaß sein, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie die bisherige Tätigkeit des früheren Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof einer ernsthaften Nachprüfung unterzieht. Wir beantragen deshalb:

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken,

1. daß sämtliche Verfahren des Staatsgerichtshofes, bei denen Jürgens direkt mitgearbeitet hat oder an die Untersuchungsrichter Material lieferte, sofort im Wiederaufnahmeverfahren nachgeprüft werden,

2. daß den verurteilten und noch in Untersuchungshaft befindlichen Kommunisten bis zum Abschluß des Wiederaufnahmeverfahrens Strafaussetzung gewährt wird,

3. daß auch die gesamte richterliche Tätigkeit des Untersuchungsrichters Vogt einer genauen Nachprüfung unterzogen wird. (Zuruf bei den Kommunisten: „Sehr notwendig!“)

¹ Jürgens war im ersten Weltkrieg Leiter der Spionageabteilung in Hannover. Dort hatte er ihm mißliebige Personen an die Front geschickt, damit sie fielen. Danach war er jahrelang Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. Ihm wurde eine große Zahl von Betrugsfällen und anderen Verbrechen nachgewiesen. So fingierte er zum Beispiel mehrere Einbrüche, um Versicherungsgesellschaften um große Summen zu betrügen. Diese Einbrüche legte er den Kommunisten zu Last. Als Untersuchungsrichter hatte Jürgens, um von seinen Verbrechen abzulenken, Hunderte von Kommunisten ins Zuchthaus und in das Gefängnis gebracht. *Die Red.*

Gestatten Sie mir zur Begründung der Dringlichkeit, daß dieser Antrag heute als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, ein paar Worte! Wir sehen in dem Fall Jürgens nicht etwa nur eine persönliche Entgleisung eines einzelnen Menschen, sondern wir sehen im Fall Jürgens ein weiteres Symptom der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaft. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Zurufe rechts.) Die einzige Beamtens-kategorie, auf die Sie von den Rechtsparteien besonders stolz sind als die Stützen der Unantastbarkeit, der höchsten Moral, der Unabhängigkeit, das sind die Richter. Es ist bekannt, daß Herr Jürgens zu den hervorragendsten Mitgliedern der deutschnationalen Gesellschaft in Stargard gehört hat, daß er mit den Mitteln, die er sich auf dem Wege des Betrug es verschaffte, die deutschnationalen Kreise in Stargard zu Gesellschaftsabenden heranzog. (Pfeifruf rechts.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, das gehört aber nicht zur Geschäftsordnung. Das ist ja schon eine Begründung. Ich bitte, davon abzusehen.“

Herr Präsident, ich will nur nachweisen, daß dieser Fall unbedingt schnellstens der Erledigung durch den Landtag bedarf, und um diese Dringlichkeit zu begründen, müssen mir doch schon einige Worte gestattet sein.

Wir sind der Meinung, daß die ganze Tätigkeit des Untersuchungsrichters Jürgens in seiner antikommunistischen Hetze, in der Fälschung, die er bei Protokollen vorgenommen hat („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.), nichts anderem diene, als dazu, die Aufmerksamkeit von den Verbrechen abzulenken, die er in krimineller Hinsicht unternommen hat. Er wollte sich das Wohlwollen der deutschnationalen und auch der Kreise sichern, die in der Tätigkeit der Klassengerichte gegen das werktätige Volk eine Waffe, ein Machtmittel im Klassenkampf sehen. Wir können nachweisen, daß Herr Jürgens ebenso gewissenlos wie auf kriminellem Gebiet gegenüber den Opfern verfahren ist, die ihm überwiesen wurden. Wir verlangen deshalb angesichts der Tatsache — die auch heute durch die „BZ am Mittag“ bekannt wird —, daß Jürgens kein Unbeschuldigter war, daß er bereits während des Krieges als Amtsperson sich die schwersten Ver-

brechen hat zuschulden kommen lassen, daß er Akten verschwinden ließ, um diese Verbrechen zu verschleiern —, diesen Fall schnellstens zu behandeln. Trotz aller Verbrechen hat man diese Stütze der bürgerlichen Gesellschaft für berufen erachtet, gegenüber den Kommunisten als Verfolger, als Untersuchungsrichter, zu fungieren. Das ist ein so unerhört krasser Fall der Korruption in der bürgerlichen Gesellschaft, daß wir erwarten, Sie besitzen noch soviel Schamgefühl, um unserem Antrag stattzugeben und keinen Widerspruch zu erheben, unsern Antrag sofort auf die Tagesordnung zu setzen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

Wir verlangen also, daß hier kein Widerspruch erhoben wird, weil wir sonst unterstellen müssen: Derjenige, der Widerspruch erhebt, will diesen Verbrecher vor der Verfolgung schützen und will, daß seine Opfer in den Zuchthäusern sitzenbleiben. Wir ersuchen deshalb, diesen Punkt als ersten auf die Tagesordnung zu setzen und versprechen, daß wir es bei einer ganz kurzen Begründung bewenden lassen, weil die Tatsachen so kraß sind, daß die Worte sie kaum erfassen können.¹

II

Zur Begründung des Urantrages 1. März 1926

Die Herren Deutschnationalen haben dagegen protestiert, daß Jürgens ihr Parteimitglied sei. Wir lassen es dahingestellt, ob er das deutschnationale Parteimitgliedsbuch in der Tasche hat oder nicht oder ob vielleicht zutrifft, daß er ein Mitgliedsbuch der Zentrumspartei hat. Sie werden aber nicht bestreiten, daß die Kreise,

¹Niemand wagte zu widersprechen. Der Antrag kam als erster Punkt auf die Tagesordnung. Wilhelm Pieck begründete den kommunistischen Antrag. *Die Red.*

die Herr Jürgens in Stargard zu gesellschaftlichen Abenden zu sich geladen hat, die Kreise des honetten Bürgertums waren, von denen Sie sich wahrscheinlich nicht ausschließen. Es waren die Kreise, die zum Teil aus der Familie seiner zweiten Gattin kamen, die jedenfalls politisch sehr nahe mit den Deutschnationalen verwandt sind. Ich lasse diese Frage auf sich beruhen, weil sie sehr sekundärer Natur ist.

Die primäre Seite dieser Angelegenheit ist die bürgerliche Gesellschaft von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten; denn diese Kreise sind es, die seinerzeit beschlossen haben, den Staatsgerichtshof einzusetzen, ein politisches Ausnahmegericht, das unter der Maske „der Feind steht rechts“ eingesetzt wurde, das in der Praxis aber nur gegen die revolutionären Arbeiter gerichtet war. Alle Prozesse, die vor dem Staatsgerichtshof geführt wurden, wurden unter einer infamen demagogischen Hetze gegen die Kommunistische Partei geführt, und zwar zu dem Zwecke, die Arbeiter durch Bluturteile und hohe Zuchthausstrafen von dem Kampf gegen Steuerbelastung, gegen Ausbeutung, gegen weitere Unterdrückung abzuschrecken. Der Fall Jürgens zeigt nun ganz klar, daß man sich bewußt Subjekte für diesen Kampf ausgesucht hat, denen man zutraute, daß sie vor keinem Verbrechen zurückschrecken würden („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), um Kommunisten ins Zuchthaus zu bringen. Denjenigen, die Herrn Jürgens zum Untersuchungsrichter am Staatsgerichtshof bestellt haben, war bekannt, welche Verbrechen er bereits auf dem Gewissen hatte. Die Tatsachen, die heute durch die „BZ am Mittag“ allgemein bekanntwerden, zeigen, daß Herr Jürgens bereits in seiner Eigenschaft als kaiserlicher Hauptmann beim stellvertretenden Generalkommando in Hannover — wo er auch den Auftrag hatte, die Hamsterei zu bekämpfen — dieses ihm übertragene Amt in der schwersten Weise mißbraucht hat, daß er seine verbrecherischen Handlungen schließlich so weit getrieben hat, daß nicht nur in den Stuben des Generalkommandos, sondern auch in der Stadt Hannover diese Verbrechen offen besprochen wurden. Der damalige Oberstaatsanwalt am Landgericht Hannover hat — nachdem etwa 60 Fälle von Betrug, Freiheitsberaubung, Mißbrauch der Amtsgewalt festgestellt waren — gegen Jürgens und gegen seine damalige

Braut, seine jetzige Frau, einen Haftbefehl erlassen. Es war also an höchster Stelle bekannt, wes Geistes Kind dieser Herr Jürgens ist. Wir als Kommunisten behaupten dabei, daß man gerade deshalb diesen Mann zum Untersuchungsrichter für den Staatsgerichtshof bestellt hat, weil man ihm die Gewissenlosigkeit zugetraut hat, kein Verbrechen zu verabscheuen, um Arbeiter hinter Zuchthausmauern zu bringen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) In dem Falle Jürgens offenbart sich der Klassenkampf, den die bürgerliche Gesellschaft gegen die Arbeiterklasse führt. Insofern geht die Bedeutung dieses Falles weit über den persönlichen Fall Jürgens hinaus. Es steht fest, daß Herr Jürgens besonders von dem Reichsanwalt Neumann, dem Leiter der Anklagen gegen die Kommunisten beim Staatsgerichtshof, beauftragt worden ist, mit den unverschämtesten Mitteln der Zeugenbeeinflussung und der Einschüchterung der Beschuldigten vorzugehen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Herr Jürgens ist nicht davor zurückgeschreckt, die ihm überlieferten Opfer deutscher Klassenjustiz mit den schandbarsten Mitteln zu drangsalieren, seelisch und körperlich zu peinigen. Herr Jürgens hat die Gesundheit vieler dieser seiner Opfer auf dem Gewissen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Er war es, der eine hochschwangere Frau monatelang in Untersuchungshaft hielt, wo sie sich eine Lungenkrankheit allerschwersten Grades zugezogen hat. (Zuruf bei den Kommunisten: „So etwas nennt sich Richter!“) Erst einem öffentlichen Protest war es zu danken, daß diese Frau vor dem Krepieren im Gefängnis bewahrt wurde. Ferner steht fest, daß Herr Jürgens eine 72jährige Frau von Stettin nach Stargard ins Gefängnis hat holen lassen, um von ihr Aussagen gegen ihren des Hochverrats beschuldigten Sohn zu erpressen, und daß man dieser 72jährigen Frau, die Herr Jürgens mehrere Tage im Gefängnis festgehalten hat, dort seelisch so zugesetzt hat, daß sie körperlich zusammengebrochen ist. Feststeht ferner, daß Herr Jürgens nicht davor zurückgeschreckt ist, in die Zellen von Gefangenen anrühige Elemente zu legen, die sich unter der Maske von Untersuchungsgefangenen das Vertrauen der Beschuldigten erschleichen sollten. Die so zustande gekommenen Unterhaltungen sollten Belastungsmaterial gegen die Beschuldigten liefern. Wir wissen, daß Herr Jürgens bei dem Staatsgerichtshof wegen

des großen „Erfolges seiner Untersuchungen“ das größte Ansehen genossen hat. Dieses Ansehen war so groß, daß das Preußische Justizministerium Herrn Jürgens, nachdem er sich in Stargard wegen seiner Verbrechen nicht mehr halten konnte, für würdig erachtet hat, als Landgerichtsdirektor nach Berlin zu kommen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Insofern ist dieser Fall nicht nur ein Fall, der den Staatsgerichtshof angeht, sondern ein Fall, der auch die preußische Regierung angeht. Dieser Mann, von dem die sozialdemokratischen Mitglieder im Preußischen Staatsministerium wußten, welche Verbrechen er sich während des Krieges hat zuschulden kommen lassen, wurde nach Berlin als Landgerichtsdirektor versetzt, ohne daß die preußische Regierung Einspruch dagegen erhoben hat. Wir wissen nicht, wer dafür verantwortlich ist. Der preußische Justizminister ist schwer erkrankt. Nichtsdestoweniger muß das Staatsministerium unterrichtet sein über die Maßnahmen des Justizministeriums, und seine Aufgabe wäre es gewesen, die Beamten zur Verantwortung zu ziehen, die diese Beförderung bewirkt haben — eine Beförderung, die Herr Jürgens als Belohnung für seine Kommunistenhetze ansehen mußte. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Aber diese Angelegenheit Jürgens zeigt — wie ich schon zur Begründung meines Antrages, diesen Urantrag auf die Tagesordnung zu setzen, ausführte — in Wirklichkeit tatsächlich den Grad der Verfaulung der bürgerlichen Gesellschaft. Sie, die für sich immer in Anspruch nehmen, eine besonders hoch zu wertende Moral zu besitzen, insbesondere Sie aus den Rechtskreisen, die Sie sich nicht genug auf Ihre angebliche Vornehmheit zugute tun können, Sie sind diejenigen, aus deren Kreisen nicht nur der Fall Jürgens, sondern auch alle die Korruptionsfälle der letzten Zeit hervorgehen. Die Beamten in den sogenannten höchsten Kreisen sehen ihre Aufgabe darin, sich auf Kosten der werktätigen Massen zu bereichern, und sie scheuen vor keinem Verbrechen zurück, diese Bereicherung unter allen Umständen durchzuführen. Das charakterisiert auch den Fall Jürgens.

Diese Angelegenheit hat nun noch einen andern preußischen Zusammenhang. Zwei Tage, bevor der Haftbefehl gegen Herrn Jürgens erlassen wurde, wurde ich auf die Abteilung I A des hiesigen Polizeipräsidiums bestellt. Der Regierungsdirektor Win-

disch sagte mit einer gewissen Erregung zu mir, mir müsse doch wohl bekannt sein, daß vor Jahresfrist bei Herrn Jürgens ein schwerer Einbruch unternommen worden sei, bei dem man Akten gestohlen und auch den abgedrehten Kopf eines Papageien als memento mori auf seinen Schreibtisch gelegt habe. Man müsse annehmen, daß hinter diesem Einbruch und hinter dem Abdrehen des Papageienkopfes die Kommunisten stünden. Weil doch nur die Kommunisten die Opfer der Untersuchungstätigkeit des Herrn Jürgens seien, sei dieser Schluß wohl berechtigt. Ich habe damals Herrn Windisch erklärt, daß mir der ganze Einbruch viel zu romantisch vorkomme, als daß ich glauben könne, daß er von einem vernünftigen Menschen herrühren sollte. Der Überfall — wenn er wirklich erfolgt sein sollte — könne höchstens aus den Reihen der Fememörder kommen. Bei dieser Gelegenheit — und das ist das Wichtigste — teilte mir der Regierungsdirektor Windisch mit, daß der Untersuchungsrichter Vogt, der in Berlin auf dem gleichen Gebiete der Kommunistenhetze tätig ist, die Besorgnis habe, die Kommunisten könnten auch bei ihm einbrechen. (Lachen bei den Kommunisten.) Er lasse uns deshalb mitteilen, daß er keine Akten in seiner Wohnung habe. In diesem Zusammenhange wäre wohl die Frage berechtigt, ob Herr Vogt nicht mit seiner Mitteilung an die Abteilung I A ein derartiges Verfahren eingeleitet hat, wie es Herr Jürgens unternommen hat, um Einbrüche von Kommunisten bei sich zu fingieren — vielleicht aus einem ähnlichen Beweggrunde wie Herr Jürgens. Aber das eine steht fest: Herr Jürgens hat Akten verbrannt. Warum verbrennt Herr Jürgens die Akten, wenn nicht die Gefahr besteht, daß diese Untersuchung — wie sie jetzt wegen seines kriminellen Verbrechens vorgenommen werden muß — schließlich auch auf diese Akten ausgedehnt wird und dabei die Fälschungen zutage kommen, die Herr Jürgens vorgenommen hat, um Blurteile gegen Kommunisten beim Staatsgerichtshof vorzubereiten! („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wir sind deshalb der Meinung, daß dieser Skandal nicht der Skandal eines einzelnen Menschen, sondern ein Skandal der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und ein Skandal der Klassenjustiz ist; denn er beruht auf den Maßnahmen, die man unternimmt, um den Klassenkampf gegen die Arbeiter zu führen — Maßnahmen, die ebenso in das